Nr. 295. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 5,40 Mk., monatl. 1,80 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Bestellung: Monatlich vom Postschalter abzuholen 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,94 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4,— Mk., für das übrige Ausland 6,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 2,— Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 30%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 70 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 26. Oktober 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Zivilgewalt über Militärgewalt.

Mehrheitsantrag zur Aenderung der Verfassung.

Dem Reichstag liegt zur Abänderung der Verfassung folgender neuer Antrag der Mehrheitsparteien vor, der schon heute zur Beratung gelangen wird:

Die Reichsverfassung wird wie folgt abgeändert:

1. Im Artikel 11 werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich.

Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.

2. Im Artikel 15 werden folgende Absätze hinzugefügt:

Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags.

Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt.

Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.

3. Im Artikel 17 werden die Worte gestrichen:

„welcher dafür die Verantwortlichkeit übernimmt".

4. Im Artikel 53 Abs. 1 wird folgender Satz hinzugefügt:

Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

5. Im Artikel 64 Abs. 2 werden im ersten Satz hinter dem Worte „Kaiser" die Worte eingeschaltet:

„unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers".

6. Im Artikel 66 werden folgende Absätze 3 und 4 hinzugefügt:

Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.

Der Sinn dieser Aenderungen ist klar. Durch sie wird die ganze eigentliche Regierungsgewalt in die Hand der verantwortlichen Regierung gelegt. Dazu gehört auch die Ernennung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere bis zu den höchsten Graden.

Zu dem Antrag ist ferner folgendes zu bemerken: Erstens, er ist schon seit acht Tagen in Vorbereitung, also durch die neueste Note Wilsons nicht veranlaßt, und entspricht den Wünschen, die schon in früherer Zeit von der Mehrheit und besonders von der Sozialdemokratie geäußert worden sind. Zweitens, Ereignisse allerletzter Zeit haben diese Verfassungsänderung besonders dringend werden lassen. Denn ein Staat darf sich nicht einmal von siegreichen Generälen seine Politik vorschreiben lassen, noch weniger von solchen, die nicht in allen Lagen die erforderliche Einsicht ihres Amtes bekundet haben.

Wir erwarten zuversichtlich, daß der Entwurf binnen allerkürzester Frist Gesetz sein wird.

Wilsons Notenwechsel mit Deutschland den Alliierten unterbreitet.

Fortan gemeinsame Antworten an Deutschland.

London, 24. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt: Das Auswärtige Amt erhielt heute die Antwort Wilsons. Da der Präsident seine Korrespondenz mit Deutschland den associierten Regierungen unterbreitet hat, ist keine amtliche Erklärung möglich, ehe diese Korrespondenz eingetroffen ist.

Amsterdam, 25. Oktober. Reuter meldet aus Washington: In offiziellen diplomatischen Kreisen wird Nachdruck darauf gelegt, Wilsons Note bedeute, daß die Vereinigten Staaten bisher allein mit der deutschen Regierung Verhandlungen geführt hätten und fortan alle Mitteilungen von den Regierungen der Alliierten und Vereinigten Staaten gemeinsam Beantwortung finden würden.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind die verbündeten Regierungen infolge dauernden Gedankenaustausches in völliger Uebereinstimmung über die Bedingungen, unter denen es möglich ist, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Die Flottenfragen sind in den Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland niemals behandelt worden und natürlich sind sie vom Standpunkt der Verbündeten von größter Bedeutung. Die Idee von der Freiheit der Meere, wie sie von Deutschland verstanden wird, kann überhaupt von keiner der verbündeten Regierungen angenommen werden. Es dürfte klar sein, daß die Bedingungen, von denen ein Waffenstillstand abhängt, die Frage der Seemacht ebenso wie die der Landmacht einschließen müssen, aber bisher hat Deutschland seine Aeußerung stets auf die Landmacht beschränkt. Amerika, England, Frankreich und Italien verdanken der Seemacht in der Kriegführung und in der Entwicklung ihrer Reiche und Länder so viel, daß es für sie nicht tunlich erscheinen kann, die Berücksichtigung der Seemacht von der Erörterung auszuschließen, unter denen sie gerechtfertigt wären, einen Waffenstillstand einzugehen. Indem Wilson die Räumung der besetzten Gebiete aussprach, hat er niemals beabsichtigt, seine Bedingungen hierauf zu beschränken, wie die Deutschen immer angenommen haben. Die erste deutsche Note wurde nach Washington gesandt, um den Verbündeten übermittelt zu werden, aber bevor der Präsident sie ihnen vorgelegt mitteilte, richtete er eine Reihe von Fragen an die Deutschen, die als Präliminarien beabsichtigt waren, bevor er die ganze Frage vor die Verbündeten brächte, nachdem diese Punkte weiter aufgeklärt wären.

Auf eine Anfrage Dillons im Unterhaus sagte Bonar Law, es würde seiner Meinung nach große Torheit sein, wenn im gegenwärtigen Augenblick im Unterhause die britischen Friedensbedingungen erörtert würden.

Henderson über Wilsons Antwort.

Amsterdam, 25. Oktober. In einer Unterredung mit dem Vertreter des Reuter-Bureaus über die Antwort Wilsons erklärte Arthur Henderson, daß sein erster Eindruck von der Note gewesen sei, daß sie den Stand der Dinge bedeutend aufkläre.

Sich über die Gefühle des Hasses erheben!

Friedensaufruf des französischen Gewerkschaftsbundes.

Genf, 20. Oktober. Das Bundeskomitee des französischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht an die französische Arbeiterschaft einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen: „Das Bundeskomitee lenkt nochmals die Aufmerksamkeit darauf, daß der französische Gewerkschaftsbund immer für die Vernichtung der Geheimdiplomatie und die Errichtung einer positiven und öffentlichen Diplomatie eingetreten ist, daß er weiter mit dem Präsidenten Wilson jeden Tag und bei jeder Gelegenheit verlangt hat, daß die Regierungen mit aller Klarheit erklären sollen, was für Zwecke sie nach dem Kriege verfolgen und was für Bedingungen sie bei Liquidierung der Feindseligkeiten vorgesehen haben. Der Gewerkschaftsbund unterstreicht, daß die Teilnahme der Arbeiterschaft an den Friedensverhandlungen unbedingt notwendig ist und daß dieser Frieden ein Frieden der Völker sein muß, der allen Kriegen ein Ende machen soll und der nur auf den Grundsätzen „keine Annexionen, das Recht der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen", abgeschlossen werden kann. Diese Grundsätze lassen es nicht zu, daß der Vorschlag der Zentralmächte ohne die gehoffte Antwort bliebe, die von den Arbeitern an und hinter der Front in diesem Lande verlangt wird. In diesem schicksalsschweren Augenblicke verlangt das Bundeskomitee, daß die Arbeiterklasse ihren ganzen Einfluß zugunsten einer öffentlichen Diplomatie und eines Friedens der Völker in die Wagschale werfe, in dem sie sich über die Gefühle des Hasses erhebe und dem klaren Verständnisse des internationalen Rechts Ausdruck verleihe."

Aus Paris wird berichtet, daß eine Anzahl Arbeiterversammlungen stattgefunden haben, in denen die sofortige Haftentlassung der seit Mai eingekerkerten minderheitlichen Gewerkschafter mit Pericat an der Spitze verlangt wird. Im Falle der Weigerung durch die Regierung solle beim französischen Gewerkschaftsbund die Proklamation des allgemeinen Landesstreiks verlangt werden.

Widdin von Franzosen besetzt.

Die Donauschiffahrt verhindert.

Lugano, 25. Oktober. Vom Balkankriegsschauplatz wird gemeldet: Die Franzosen besetzten Widdin. Die Donauschiffahrt ist verhindert.

Was ist Deutschösterreich?

Von Dr. Karl Renner,

Mitglied des Vollzugsausschusses der deutschösterreichischen Nationalversammlung.

Ein neuer Staat ist erstanden, er nennt sich Deutschösterreich. Nicht nur die weite Welt, wohl auch die nächsten Nachbarn sind durch den Schritt der deutschen Reichsratsabgeordneten Oesterreichs — sie sind auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählte wirkliche Vertreter ihres Volkes — höchlichst überrascht worden. Woher dieser rasche Entschluß? Wieso dieses sofortige Verständnis und Einverständnis des ganzen Volkes ohne alle Ausnahmen?

Was Aristoteles sagt, trifft hier buchstäblich zu: Staaten entstehen des Lebens halber, aus des Lebens Notdurft. Eines Tages blieb uns Deutschen der Donaumonarchie kein anderer Ausweg übrig, als selbst die öffentliche Gewalt zu ergreifen, die bis dahin eine „landesfürstliche" und ihrer Zusammensetzung nach „internationale" Bureaukratie ausgeübt hatte. Sie verwaltete die deutschen, slawischen und romanischen Gebiete, aber die nichtdeutschen Gebiete versagten ihr eines Tages den Gehorsam: Die tschechischen und polnischen Bezirkshauptleute hörten auf, Nahrungsmittel nach den Weisungen der Behörden abzustellen, tschechische Eisenbahner hielten auf Geheiß des tschechischen Nationalrats die Bahnwagen mit Getreide, Kartoffeln und Kohlen auf — das deutsche Gebiet war der Aushungerung preisgegeben. Da die vielnationale, überdies durch Gesetze und tausend Rücksichten gebundene Bureaukratie gegen diese Eigenmacht ohnmächtig war, da überdies die slawischen Aemter sich beinahe unverhüllt den slawischen Nationalräten unterstellten und so im kalten Wege der Tatsachen slawische Staatsgewalten herstellten, blieb uns Deutschen gar nichts übrig, als die solidarische Selbsthilfe zu verkünden und auch selbst als deren einzig gebotenes Mittel den eigenen Staat aufzurichten. Das war der letzte Anstoß und dieser treibt uns unaufhaltsam weiter. — —

Die zweite Zwangslage war eine rechtlich-moralische. Die österreichische Staatsgewalt war bis dahin landesfürstliches, habsburgisches Patrimonium, nicht etwa deutsches Volkstum. Die herrschende Schicht der Deutschen hatte an ihm denselben Anteil, wie etwa das Karossenpferd am Silbergeschirr, und genoß auch die erhöhte Haferration des Karossenpferds — den deutschen Volksmassen erwuchsen nur Nachteile aus diesem Verhältnisse. Den anstürmenden Slawen bot es seit fünfzig Jahren Gelegenheit, von der Dynastie Zuwendungen teils durch Knechtseligkeit zu erlisten, teils durch Abfalldrohung zu erpressen. Sowohl der Byzantinismus wie der Hochverrat der anderen wurde gewohnheitsmäßig aus deutschem Gut und Blut bezahlt.

Das hat die Deutschen Oesterreichs gezwungen, von dem vielnationalen landesfürstlichen ihr deutsches Gemeinwesen abzulösen, gleichsam die zwei zusammengemischten Kassen wieder auseinanderzulegen. Denn gerade jetzt stiegen die Forderungen aller Nationen ins Unermeßliche, und so gebot die Vorsicht, unser Gut in Sicherheit zu bringen.

Drittens aber stand die politische Maschine still, weil die Tschechen erklärten, mit der Wiener Regierung überhaupt nicht mehr zu verhandeln, weil sie so auf die wirksamste Weise die Gemeinschaft stillsetzten. Aber das menschliche Gemeinschaftsleben kann niemals stille stehen — nicht im Frieden und noch weniger im Kriege! Wir müssen unsere Hungernden verpflegen und können das nicht ohne öffentliche Gewalt. Wir wollen unsere Soldaten demobilisieren und können es nicht ohne öffentliche Gewalt. Versagt die eine, so muß die andere geschaffen werden. Die Tschechen können einer dynastischen Regierung alles Verhandeln ablehnen, aber sie können das nicht einem Volke, das rings um sie und mitten unter ihnen wohnt. Verhandeln aber kann nur, wer eigenen Rechtes ist, und nur auf Grund seines vorher gesicherten unbestreitbaren Besitztums.

Es blieb nichts übrig — Deutschösterreich mußte ein eigener Staat werden. Er ist es durch den einmütigen Beschluß seiner Vertreter schon geworden und binnen kurzer Zeit wird der Vollzugsausschuß in aller Form die Regierungsgewalt ergreifen, wenn auch mit einer Einschränkung.

Was will Deutschösterreich? Es hat unverhohlen und klar der Dynastie, der bisherigen Regierung und den anderen Nationen der Donaumonarchie ein Dilemma gestellt:

Entweder erklären die übrigen Nationen sich bereit, mit Deutschösterreich einen Bundesstaat zu bilden, und dies unter Bedingungen, die den nationalen und wirtschaftlichen Interessen Deutschösterreichs entsprechen — dann sind auch wir bereit, in einen solchen Bund einzutreten, oder sie wollen einen Bund nicht oder nur unter unannehmbaren Bedingungen —

dann wird Deutschösterreich als Bundesstaat dem Deutschen Reiche beitreten.

Beide Glieder des Dilemmas sind gleich ernst gemeint, das erste ist nicht als zeitlicher Vorwand, das letztere nicht als leere Drohung zu fassen! Vor solchem Irrtum sei Feind und Freund gewarnt! Ernstlich bleibt die erste Möglichkeit den anderen Nationen offen. Deutschösterreich ist mit den anderen Nationen wirtschaftlich so eng verwachsen, daß die Trennung bei allen Trennstücken furchtbare Wunden zurückläßt. Dieses Opfer wollen wir ernsthaft uns selbst wie den anderen ersparen, wenn diese das verstehen und zu würdigen wissen. Aber es liegt uns ganz fern, irgend jemand zum Verständnis und zur Liebe zwingen zu wollen, am Ende haben wir es satt, den unverstandenen Lehrmeister und den ungebetenen Vormund zu spielen, und keine überlieferte Macht, weder Dynastie noch Kirche noch Bureaukratie, wird uns mehr eine Rolle aufnötigen, die gegen unsere Würde ist. Wir bestellen unser eigenes Haus — mögen die anderen für sich selber denken und sorgen. Und diese Politik kann und wird die deutschösterreichische Sozialdemokratie, die den Imperialismus der deutschen Bourgeoisie stets bekämpft hat, gerne mitmachen und aktiv mitführen, bis das eigene Heim fertig dasteht.

Das ist, das will Deutschösterreich und das ist unser Anteil als Sozialdemokraten an ihm.

Die Krise in Oesterreich-Ungarn.

Die neue Regierung in Ungarn.

Die kritische Zuspitzung der Lage in Oesterreich und in Ungarn hat sich weltpolitisch noch nicht ausgewirkt. Das hängt in erster Linie wohl damit zusammen, daß das neue ungarische Kabinett noch nicht gebildet ist. Einige Meldungen sprechen von einem Koalitionskabinett, dem auch Wekerle, Apponyi und Tisza beitreten würden. Andere berichten von einem Kabinett, das im wesentlichen aus Anhängern Karolyis, Sozialdemokraten und Vertretern der Nationalitäten sich zusammensetzen würde. Ein solches Ministerium sollte natürlich versinnbildlichen, daß die Slowaken, Rumänen und Südslawen für ein Linsengericht ihr Erstgeburtsrecht preisgeben werden. Höchstens könnte es gelingen, einige Renegaten als Aushängeschild für ein solches Ministerium zu gewinnen.

Die Revolte von Fiume.

Die Ungarische Telegraphenagentur berichtet, daß die Rebellion in Fiume niedergeschlagen sei und die Meuterer aus der Stadt gedrängt wurden. Doch ist damit natürlich noch keine Beruhigung im südslawischen Gebiet geschaffen. Der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" sieht die Dinge recht skeptisch an und erwartet in absehbarer Zeit die Kapitulation Oesterreichs:

Wien, 25. Oktober. Im Heeresausschuß der österreichischen Delegation erklärte Kriegsminister von Stoeger-Steiner: Am 23. früh sind Demonstranten von Susak nach Fiume gezogen, durchbrachen den bei der Brücke von Susak aufgestellten Grenzpolizeikordon, zogen in Fiume vor das Gerichtsgebäude und befreiten die dort befindlichen Arrestanten und hißten auf diesem Gebäude und auf dem Gouvernementsgebäude die kroatische Fahne. Dieser Demonstration hat sich eine Wachkompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 79 angeschlossen. Durch die Gegenmaßnahmen der lokalen Behörden wurde um 4 Uhr nachmittags in Fiume die Ordnung wiederhergestellt. In den Abendstunden haben sich die Demonstrationen wiederholt und schärfere Formen angenommen. Die Wachkompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 79 hat sich in einer Kaserne verbarrikadiert. Laut den soeben eingelaufenen Meldungen hat diese Wachkompagnie heute um 6.30 Uhr früh die Fahne spontan von dem Gebäude entfernt und hat sich ohne Blutvergießen ergeben. Momentan herrscht in Fiume Ruhe und Ordnung. Der Banus von Kroatien und der südslawische Nationalrat haben gestern Aufrufe, die zur Ruhe und Ordnung mahnen, an die Bevölkerung erlassen. Dieser Aufforderung ist die Bevölkerung willig gefolgt, und es herrscht derzeit in Agram und im Lande überhaupt Ruhe.

Die nächste Tagung der deutschen Nationalversammlung.

Wien, 25. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Vorgänge in Fiume haben die ungarische Krise akut werden lassen und den Rücktritt Wekerles herbeigeführt. Wahrscheinlich wird man, um Ungarns Bestrebungen nach Unabhängigkeit für die Krone zu gewinnen, dem Grafen Karolyi die Regierung übertragen, was das Ende der oligarchischen Herrschaft Tiszas und eine Wendung zur Demokratie bedeuten würde. Im übrigen erwartet man von Karolyis ententistischen Sympathien auch einen guten Eindruck im Auslande. Karolyi wird auch Sozialdemokraten in die Regierung aufnehmen, wodurch die Wendung zur Demokratie gesichert und äußerlich dokumentiert werde. Vielleicht wird auch versucht werden, Vertreter der Nationalitäten zum Eintritt zu bewegen, um die gegenwärtigen Grenzen Ungarns zu erhalten. Aber es ist ausgeschlossen, daß Slowaken, Rumänen oder gar Serben darauf eingehen, da eine solche Politik die Anerkennung des ungarischen Staates und den Verzicht auf eigene Selbständigkeit bedeutete. Uebrigens treten auch die Anhänger Karolyis bei all ihren demokratischen Neigungen für die Vorherrschaft der magyarischen Nation ein. Der Rücktritt Burians und die Berufung Andrassys soll ebenfalls das Entgegenkommen des Hofes gegen die Ungarn dokumentieren. Für Oesterreich ist dieser Ministerwechsel bedeutungslos, da die Nationen eine gemeinsame Vertretung in der äußeren Politik nicht mehr anerkennen, sondern die Regelung der auswärtigen Beziehungen den nationalen Regierungen übertragen sehen wollen.

Mittwoch tritt die deutsche Nationalversammlung zu ihrer zweiten Sitzung zusammen. Die Tagesordnung umfaßt die gesamte innere und äußere Politik des neuen Staates, die hier mehr noch als sonst zusammenhängen. Die Konstituierung des Staates und die Uebernahme der Verwaltung bedeutet zugleich die Abgrenzung gegenüber den Nachbarvölkern, die sich als Ausland darstellen. Der Vollzugsausschuß, der die Aufgaben einer Regierung erfüllt, tagt ganztägig, um alle in Betracht kommenden Angelegenheiten zu erledigen.

Die Abgrenzung des deutsch-österreichischen gegenüber dem tschechischen Staate ist bei gutem Willen leicht. In den Sudetenländern leben 3,5 Millionen Deutsche, die gegen ihren Willen dem tschechischen Staate nicht einverleibt werden können. Wenn sie aber mit Gewalt unter dieses Joch gezwungen werden sollten, so werden sie in dem tschechischen Staate ein dauerndes Element der Unruhe darstellen und eine Gefahr für den europäischen Frieden bilden. In dem deutschen Siedelungsgebiete finden sich relativ nur wenige nationale Minderheiten. Die Deutschen sind bereit, eine Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle vorzunehmen. Da Wilson erklärt, nur gegen die Regierungen, nicht aber gegen das deutsche Volk Krieg zu führen, so wird die Entente nur sehr schwer über das eindeutige Recht Deutsch-Böhmens, Deutsch-Schlesiens und Deutsch-Mährens hinwegkommen. Einige Schwierigkeiten wird die Frage der eingesprengten Sprachinseln bieten. Da sich aber solche sowohl in deutschem wie in tschechischem Gebiete befinden, liegt ein Ausgleich im gegenseitigen Interesse, wobei von beiden Seiten für die Minderheiten ein besonderer Schutz ausbedungen werden kann.

Zugeständnisse an die Ungarn.

Budapest, 24. Oktober. (Meldung des Ungar. Tel. Korr. Bureaus.) Der König hat die Vorschläge des Kabinetts Wekerle, welche die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Ungarns sowohl bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten als auch bezüglich des Heeres sowie in den sämtlichen wirtschaftlichen Fragen vollkommen sicherstellen, genehmigt und deren Unterbreitung im Parlament bewilligt.

Slowenen gegen Italiens Ansprüche auf Triest.

Wien, 24. Oktober. Der slowenische Ortsnationalrat für Triest veröffentlicht eine Kundgebung, in der er jede Lösung der südslawischen Frage als unannehmbar ablehnt, laut der die Slowenen von den Kroaten und Serben getrennt würden. Bezüglich Triests lehnt er ebenfalls die Lostrennung dieses Hafenplatzes von dem Hinterlande ab. Wenn auch die Bevölkerung der inneren Stadt italienisch sei, so sei doch die Umgebung von den Vororten ab rein slowenisch, so daß man Triest in keine staatliche und territoriale Verbindung mit dem nahen italienischen Gebiet anders als über slowenischen Boden bringen könne.

Die sozialistische Abordnung bei Clemenceau.

Bevorstehende sozialistische Kundgebung in Frankreich.

Ueber die Besprechung einer Abordnung der französischen sozialistischen Kammergruppe mit Clemenceau, von der wir gestern Mitteilung machten, gibt „Progrès de Lyon" Näheres bekannt. Die Abordnung bestand aus Cachin, Longuet, Mistral, Renaudel und Varenne. Cachin befragte Clemenceau über den provokatorischen Maueranschlag einer vaterländischen Vereinigung, der das deutsche Angebot als Falle bezeichne, keinen Waffenstillstand annehmen wolle und die bedingungslose Uebergabe Deutschlands verlange. Der Maueranschlag habe in sozialistischen und Arbeiterkreisen lebhafte Erregung hervorgerufen. Clemenceau erklärte, er habe mit der Veröffentlichung nichts zu tun. Nach Rücksprache mit der Kammergruppe, mit der Confédération Générale du Travail und dem zuständigen Ausschuß der sozialistischen Partei werden die Verhandlungen mit Clemenceau weitergeführt werden, ferner wird von diesen sozialistischen Gruppierungen demnächst eine Kundgebung an das Land veröffentlicht werden.

Die Aktion der Arbeitervertretungen stemmt sich, wie der Verlauf der Besprechung mit Clemenceau deutlich erkennen läßt, gegen die Bemühungen der Kriegsverlängerer. Diese sind fieberhaft an der Arbeit, dem französischen Militarismus die Entscheidung in der jetzt mächtig ins Rollen geratenen Frage anheimzugeben. Agence Havas meldet: Die Kommentare der Presse zu der neuen Note des Präsidenten Wilson lassen sich in die wenigen Worte zusammenfassen: „Die Militärs haben jetzt das Wort." „Temps" schreibt:

Jetzt müssen sich die alliierten Regierungen in Europa beraten. Ihre Stellung ist sehr einfach. Sie haben nicht an der Ausarbeitung des Wilsonschen Programms über den künftigen Frieden, noch an dem eben stattgehabten Notenwechsel zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten teilgenommen. Es kann also nicht die Rede sein von einer Erörterung der Friedensbedingungen der mit den Vereinigten Staaten verbündeten europäischen Alliierten, da Deutschland um einen Waffenstillstand nachsucht und die Vereinigten Staaten das Ersuchen übermitteln. Welche Bürgschaften muß man vom Feinde verlangen? Marschall Foch und die anderen militärischen und maritimen Führer unseres Bundes sind allein zur Antwort berechtigt. Sie werden sie sicherlich mit all der Voraussicht und Strenge geben, die Wilson selbst empfiehlt.

Aber „Foch und die andern" werden letzten Endes, wie sie schon jetzt den Faktor Wilson zu beachten haben, auch in Frankreich Faktoren spüren, die sie im Verlauf ihrer weiteren Tätigkeit in der Grenzzone des Krieges werden respektieren müssen.

Nach der „Humanité" haben die Arbeitervertreter den Ministerpräsidenten auf den großen Nutzen hingewiesen, den es haben würde, mit den verbündeten Regierungen öffentlich und gemeinschaftlich die Zustimmung zu dem Friedensvorschlag Wilsons zu bezeugen. Sie haben Clemenceau mitgeteilt, daß die sozialistischen Gruppen beabsichtigen, ihn hinsichtlich dieser Frage im Parlament zu interpellieren. Clemenceau antwortete darauf, daß es ihm unmöglich sein würde, eine Antwort zu geben.

Sembat für Oesterreich.

Liebknechts Befreiung — ein Beweis für Deutschlands Demokratisierung.

Genf, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Longuet begrüßt im „Populaire" Liebknechts Befreiung und nennt sie den besten Beweis für die Neugestaltung Deutschlands. Der „Populaire" warnt vor der Kriegspartei, hinter der die die Presse beherrschende Kriegsindustrie stehe. Die neue sozialistische Mehrheit müsse eingreifen, sonst werde sie von den Ereignissen überwältigt werden. Sie habe eine schwere Verantwortung zu tragen.

Sembat behandelt in einem Artikel der „Humanité" die österreichische Frage und begrüßt die letzten Erklärungen des Ministerpräsidenten v. Hussarek. Die Pariser Presse wäge ungenügend das Verschwinden Oesterreichs ab, das den Anschluß der Deutsch-Oesterreicher an Deutschland herbeiführen würde. Deutschland sei volkreich genug. Sicherlich sei die Auflösung Oesterreichs schwer zu verhindern. Aber Sembat zweifelt, daß sie dem Interesse Frankreichs diene, oder daß sie auch nur die getrennten österreichischen Völker glücklich und freier mache. Die Sozialisten würdigen die ökonomische Frage, welche den Bestand eines unabhängigen ungarischen und tschechischen Staates erschwert. Die deutsch-österreichischen Sozialisten seien vollkommen darüber klar, daß Ungarn, Tschechen und Deutsch-Oesterreicher aufeinander angewiesen seien.

Der radikale Abgeordnete Ponsot schreibt in der „Lanterne", daß die Unterhaltung nicht endlos dauern könne. Täglich fielen Tausende. Unser ganzer Sinn ist auf diese gerichtet. Wenn der Frieden möglich ist — und er ist möglich — wäre es ein Verbrechen, ihn entschlüpfen zu lassen.

Abbau der Gewaltpolitik gegen die Iren?

Gerüchte über Lord Frenchs Rücktritt.

Bern, 24. Oktober. Die Londoner Presse verzeichnet Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt Lord Frenchs als Lord-Leutnant von Irland. Das Fehlschlagen seiner Rekrutierungspolitik und das Fallenlassen der allgemeinen Wehrpflicht für Irland werden als Gründe des Rücktritts angegeben.

Die Kämpfe um Deinze an der Lys — Tournai unter englischem Feuer — Englische Großangriffe östlich Le Cateau — Durchstoßversuche bei Le Quesnoy — Kämpfe in Serbien — Italienischer Großangriff im Bergland westlich und östlich der Brenta.

Berlin, 25. Oktober 1918, abends. Amtlich.

In Flandern wurden feindliche Angriffe zwischen Lys und Schelde abgewiesen. Zwischen Schelde und Oise heute keine größeren Kämpfe. Französische Angriffe auf etwa 50 Kilometer breiter Front von der Oise bis zur Aisne mit dem Hauptstoß zwischen Oise und Serre und westlich der Aisne sind gescheitert. Oestlich der Aisne und beiderseits der Maas Teilgefechte.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern dauern die Kämpfe in der Lys-Niederung an. Der Feind, der in den Südwestteil von Deinze eindrang, wurde im Gegenstoß wieder zurückgeworfen. Südwestlich von Deinze nahmen wir Teile des von Franzosen über die Lys vorgeschobenen Brückenkopfes. Oestlich von Vijve St. Eloi schlugen wir einen stärkeren Angriff, zwischen der Lys und Schelde und an der Schelde Teilvorstöße des Gegners zurück. Die Zerstörung der Ortschaften in der Schelde-Niederung durch den Gegner schreitet fort. Auch das Stadtinnere von Tournai lag unter englischem Feuer. Die Abwanderung der Bevölkerung aus diesen Gebieten nach Osten nimmt zu. — Oestlich von Solesmes und Le Cateau setzte der Engländer seine großen Angriffe fort und dehnte sie nach Norden bis an die Schelde aus. Südlich der Schelde sind sie vor unseren Linien auf den Höhen östlich des Ecaillon-Baches gescheitert. Die gegen Le Quesnoy gerichteten Angriffe drangen bis zur Bahn nordwestlich und westlich von Le Quesnoy vor. Versuche des Feindes, westlich an Le Quesnoy vorbei in nördlicher Richtung durchzustoßen, scheiterten an dem Eingreifen unserer von Sepmeries und Villers Pol aus angesetzten Truppen. Der in breiter Front gegen den Wald von Mormal anstürmende Feind konnte in Poix du Nord und in Fontaine au Bois Fuß fassen, im übrigen wurde er westlich der Straße Englefontaine—Landrecies nach heftigem Kampfe zum Stehen gebracht. Die gestrigen Angriffe haben dem Feinde im ganzen einen Geländegewinn von achthundert bis tausend Meter Tiefe gebracht. Größere Erfolge blieben ihm trotz seines außerordentlichen Kräfteeinsatzes auch gestern versagt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Oise, zwischen Oise und Serre und westlich der Aisne zeitweilig Artilleriekampf. An der Oise scheiterten Teilvorstöße des Gegners. Zwischen Oise und Serre wurden stärkere Angriffe der Franzosen abgewiesen. Wo der Feind in unsere Linien eindrang, warfen wir ihn im Gegenstoß wieder zurück. In den Abschnitten beiderseits Vouziers ließ die Gefechtstätigkeit nach. Die Höhe östlich von Chestres wurde von bayerischer und württembergischer Besatzung gegen erneute heftige Angriffe des Feindes behauptet.

Heeresgruppe Gallwitz.

Teilangriffe der Amerikaner auf beiden Maasufern wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Angriffe beiderseits der Morava. Westlich des Flusses drängten sie uns in dem Gebirge südlich von Kragujevac etwas zurück. Oestlich des Flusses in Gegend von Paracin wurden sie abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 25. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das Friedensangebot der Mittelmächte hat unsere Feinde im Südwesten nicht daran gehindert, unseren und ihren Armeen

neue Blutopfer

aufzuladen. Heftiges Artilleriefeuer leitete vorgestern zwischen der Assaschlucht und der Adria den Angriff ein, der gestern früh an der venetianischen Gebirgsfront und im Raume südlich des Montello losbrach. In gewohnter Tapferkeit, Pflichttreue und Manneszucht haben unsere braven Truppen den Ansturm abgeschlagen. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden war das Gelände südwestlich von Asiago, der Monte Sisemol und das Gebiet des Monte di val Bella Stätten erbitterter Kämpfe; es gelang dem Feinde, stellenweise in unsere Gräben einzudringen, aber er wurde überall wieder zurückgeworfen und mußte in der Nacht auch den am längsten behaupteten Sisemol wieder räumen. Die Szekler der Infanterie-Regimenter 82 und 131 und die Honved-Regimenter 9 und 20 haben den Hauptanteil an diesen Erfolgen gehabt. Zu noch größerer Heftigkeit steigerte sich das Ringen im Berglande östlich der Brenta. Auch hier vermochte der Feind vorübergehend örtliche Erfolge zu erzielen. Er setzte sich auf dem Caprile, Asolone, Monte Pertica und Solarolo in unseren vordersten Gräben auf kurze Weile fest, mußte jedoch sehr bald dem mit äußerstem Schneid geführten Gegenangriff unserer Braven wieder weichen. Fünfmal rannten die Italiener gegen den Spinuccia vergebens an.

Das Infanterie-Regiment Nr. 9 (Stry), das den Asolone im bravourösen Gegenstoß zurückgewann, die Regimenter 73, 99, das junge südungarische Regiment 129, das den Pinuccia verteidigte, die Schützen-Regimenter 14 und 24 haben sich mit Ruhm bedeckt. Unsere brave Artillerie bewährte sich westlich und östlich der Brenta wie immer als treue Helferin der Infanterie im Kampfe. Der Vorstoß einer englischen Division auf der Piaveinsel Papadopoli vermochte nur den Nordflügel unserer Vorposten etwas zurückzudrücken, der südliche Teil der Insel wurde völlig behauptet.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Im nördlichen Albanien weitere Nachhuten- und Bandenkämpfe. Im Sandschak Novipazar sind Entente-Abteilungen verstärkt durch Bandenzuzug, bei Navaros angelangt. Südlich von Kragujevac, beiderseits der Slave und in der Zlatovo Planina haben österreichisch-ungarische und deutsche Truppen nachdringende feindliche Bataillone erfolgreich abgewehrt.

Der Chef des Generalstabes.

Polendebatte im Reichstag.

196. Sitzung. Freitag, den 25. Oktober 1918, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Payer, Erzberger, Trimborn.

Kurze Anfragen.

Abg. Meier-Zwickau (Soz.) fragt wegen einer wirtschaftlichen Besserstellung der Alters-, Invaliden- und Unfallrentner, die bei der gegenwärtigen Teuerung in besonders schlimmer Lage sind.

Ein Regierungsvertreter: Ueber diesen Gegenstand schweben Verhandlungen.

Abg. Haase (U. Soz.) führt Beschwerde über das Verbot einer Frauenversammlung am 11. Oktober 1918.

Unterstaatssekretär Lewald: Es werden demnächst neue Bestimmungen über die Zulassung von Versammlungen ergehen. Einstweilen sind die Behörden angewiesen, nur dann einzugreifen, wenn drohende Gefahr für die Sicherheit des Reiches vorliegt.

Abg. Haase (U. Soz.) beschwert sich über die Auflösung einer Wählerversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten im ersten Berliner Wahlkreis.

Unterstaatssekretär Lewald: Der Reichskanzler ist in Uebereinstimmung mit dem preußischen Minister des Innern der Ansicht, daß die Auflösung der Versammlung zu Unrecht erfolgt ist.

Abg. Davidsohn (Soz.) führt Beschwerde, daß im Kreise Bomst und anderen Kreisen die den Kriegsbeschädigten vom 1. Juli 1918 an gewährten Zulagrenten noch immer nicht ausgezahlt werden.

General Wrisberg: Die Verzögerung der Auszahlung wird von der Heeresverwaltung sehr bedauert. Es sind bereits Maßnahmen getroffen, diesen Uebelstand zu beseitigen und diese Maßnahmen haben auch bereits eine Wirkung gezeitigt.

Abg. Hoch (Soz.) wünscht, daß in den Gemeinden, wo Grippe herrscht, schneller und besser für die Herbeischaffung der für den Krankheitszustand erforderlichen Lebensmittel, z. B. Haferflocken, gesorgt wird.

Ein Regierungsvertreter bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Held (natl.) bittet um bessere Versorgung der Bevölkerung mit Sohlleder, das in den Gerbereien in großen Mengen vorhanden sei.

Ein Regierungsvertreter: In der letzten Zeit ist die Zivilbevölkerung besser versorgt worden wie früher, die Schuhmacher erhalten das Drei- bis Vierfache.

Abg. Ledebour (U. Soz.) beschwert sich über die militärischen Eingriffe, die dem Deutschen Metallarbeiterverband, Zahlstelle Berlin, die Abhaltung einer Generalversammlung unmöglich gemacht haben und fragt, ob der Reichskanzler dem Metallarbeiterverband die Generalversammlung ermöglichen werde.

General Wrisberg: Diese Frage wird geprüft werden, sobald ein Antrag auf Zulassung dieser Generalversammlung gestellt werden wird.

Abg. Ledebour (U. Soz.) (zur Ergänzung): Ist dem Reichskanzler nicht klar geworden, daß die Stellung der Anfrage für die Militärverwaltung ein hinreichendes Aequivalent eines Antrages auf Abhaltung einer Generalversammlung ist?

Präsident Fehrenbach: Ob dem Herrn Reichskanzler etwas klar geworden ist, ist nicht Gegenstand einer Anfrage. (Heiterkeit.)

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes betreffend die

Abänderung der Reichsverfassung

und betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers.

Präsident Fehrenbach: Der Aeltestenrat hat in seiner Mehrheit sich dahin ausgesprochen, daß es nicht angängig sein soll, bei dieser Debatte die neueste Note des Präsidenten Wilson zur Besprechung zu bringen. (Hört! hört! rechts. Erstens aus dem formalen Grunde, weil die Generaldiskussion in der dritten Lesung keinen weiteren Umfang annehmen darf, als bei der ersten Lesung, und bei dieser lag die Note bekanntlich noch nicht vor, und zweitens aus dem Grunde, weil der amtliche Text der Note noch nicht dem Auswärtigen Amt übergeben ist. Ich bitte die Herren, sich danach zu richten.

Abg. Graf Westarp (k.):

Meine Freunde können sich mit dieser Einschränkung nicht einverstanden erklären. Wir sind nicht der Meinung, daß es über dem Rahmen der bisher geführten Debatten hinausgehen würde, wenn jetzt auch

die neue Wilsonnote

besprochen würde. Wir haben bisher debattiert über die Aktion der Friedensangebote und alles, was damit zusammenhängt, vor allem darüber, daß unser Volk gewappnet sein muß, unter Umständen zum letzten Kampf um sein Dasein und seine Ehre. Es kann nicht weiter darüber gesprochen werden, ohne daß das inzwischen eingetretene entscheidende Ereignis der Antwort Wilsons dabei herangezogen wird. (Sehr wahr! rechts.) Dies Ereignis entscheidet über das Schicksal von jedem von uns einzelnen, über das Schicksal des deutschen Volkes, und da empfinden es meine Freunde und ich als Gewissenspflicht, unsere Stimme zu erheben. (Bravo! rechts.) Ich bitte auch zu erwägen, daß meinen Freunden nicht der Weg offen steht, die maßgebenden Stellen zu beeinflussen, wie das bei den anderen Parteien vermöge der ihnen angehörigen Staatssekretäre der Fall ist. Auch der zweite Grund erscheint uns nicht durchschlagend. Reuter hat den englischen Text herausgegeben, und eine amtliche Uebersetzung ist durch das WTB., also mit Zustimmung der Regierung, der Oeffentlichkeit unterbreitet worden. Es kann von den verhängnisvollsten Folgen sein, wenn die Wirkung ist, daß der Wille und

Entschluß zum letzten Kampf

im Volke ertötet wird. Das Volk lechzt danach, daß von der Tribüne des Hauses aus das Wort zu diesem Text gesprochen werde, das wir uns vorstellen. Auch das Heer kann nicht 24 oder 48 Stunden darauf warten, daß ihm Aufklärung darüber gegeben wird, ob hier eine Kapitulation unseres tapferen Heeres gefordert wird. (Sehr richtig! rechts.) Auch das Ausland muß wissen, was das deutsche Volk über diese Dinge denkt, daß es im deutschen Volk noch Männer gibt, die nicht glauben . . . (Präsident Fehrenbach: Das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung.) Herr Präsident, bei der Uebernahme des Präsidiums haben Sie gesagt, daß die Tribüne dieses Hauses eine Stätte des freien Wortes sein soll. Wir bitten dringend, uns das freie Wort nicht zu beschränken.

Präsident Fehrenbach: Ich bitte mir den Fall zu benennen, wo ich dem bei Uebernahme meines Amtes ausgesprochenen Gedanken untreu geworden bin. (Zuruf rechts: Jetzt!) Die Geschäftsordnung bleibt aufrechterhalten. Das war keine Bemerkung mehr im Rahmen der Geschäftsordnung, und wenn ich das zurückweise, so beschränke ich nicht das freie Wort, dies größte Palladium. (Sehr wahr!)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Auch wir halten es für ganz unvermeidlich, über die jüngste Note Wilsons heute zu sprechen. Unsere Gründe liegen aber auf anderem Gebiete, als sie Graf Westarp vorgetragen hat. Seine Fraktion hat bereits eine Interpretation des bisher publizierten Textes herausgehen lassen, die sich nicht mit einer gewissenhaften Prüfung des Textes verträgt. Danach soll Wilson die Beseitigung der Heerführer gefordert haben. (Präsident Fehrenbach: Auch das gehört nicht zur Geschäftsordnung.) Um so mehr ist es notwendig, in eine sachliche Debatte einzutreten, um die unerhörten Ausführungen, die Graf Westarp im Rahmen der Geschäftsordnung gemacht hat, zurückweisen zu können. Das Volk lechzt nach etwas ganz anderem, als sich nutzlos und sinnlos noch weiter zur Schlachtbank führen zu lassen. (Präsident Fehrenbach: Das gehört nicht in den Rahmen der Geschäftsordnung.)

Abg. Fischbeck (Vp.): Ich bitte, es bei der Entscheidung des Aeltestenausschusses zu belassen. Graf Westarp hat genau wie jeder andere Abgeordnete die Möglichkeit, mündlich und schriftlich seine Ratschläge der Regierung zukommen zu lassen, die sie gewiß ernsthaft prüfen wird. Wir halten es nicht für angebracht, die Dinge in der Weise agitatorisch auf die Tribüne des Reichstags zu bringen wie Graf Westarp. (Große Unruhe rechts.)

Abg. Graf Westarp (k.): Ich muß mit aller Entschiedenheit dagegen protestieren, wenn der Abg. Fischbeck sich erlaubt hat, einen solchen Vorwurf gegen uns zu erheben. (Bravo! rechts.) Der Mann hat keine Ahnung, wie heute ein Patriot über diese Dinge denkt. (Bravo! rechts; große Unruhe links.)

Präsident Fehrenbach rügt die letzte Bemerkung. (Abg. v. Gräfe (k.): Die Aeußerung des Abg. Fischbeck hätten Sie zurückweisen müssen.) Die Handhabung der Ordnung dieses Hauses hat der Präsident. Der Zwischenruf des Herrn v. Gräfe war im höchsten Maße ungehörig. (Bravo! links.)

Abg. Ebert (Soz.): Wir schließen uns dem Vorschlag des Präsidenten an. Wir hätten selbst das Bedürfnis, schon in dieser Stunde über die Antwort des Präsidenten Wilson zu sprechen. Aber bei der Situation, wo

die Dinge auf des Messers Spitze

stehen, betrachten wir es als Pflicht jedes Reichstagsabgeordneten und jeder Fraktion, nicht vor sorgfältigster Prüfung in die Diskussion dieser Materie einzutreten. Diese Prüfung war bisher nicht möglich. Die Fraktionen haben noch nicht dazu Stellung nehmen können, es wäre daher geradezu unverantwortlich, unvorbereitet in diese Debatte einzutreten. Wenn Graf Westarp von einer patriotischen Gewissenspflicht sprach, so ist das nicht innere ehrliche Ueberzeugung, sondern eine aufgeputzte Aeußerung nach außen, um in das Volk Beunruhigung hineinzutragen. (Sehr wahr! b. d. Soz., Unruhe rechts.) Wir haben auch während des Krieges gezeigt, daß wir alles daran setzen, um die Pflichten gegenüber unserem Lande und Volk zu erfüllen. Aber der Ernst dieser verantwortlichen Stunde gebietet, ernstlich zu prüfen, ob jetzt der richtige Zeitpunkt schon gekommen ist, die Note zu besprechen. Das scheint uns nicht der Fall zu sein.

Abg. Prinz Carolath (natl.): Auch wir halten es für unsere patriotische Pflicht, in diesem Augenblick die Note nicht zu erörtern.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Die Ausschaltung der Besprechung der neuen Note aus dieser Debatte ist deshalb gar nicht möglich, weil sie nichts weiter ist als eine ausgebaute Interpretation der vorangegangenen Noten. Ihre Gedanken sind klar erkennbar für jeden intelligenten Menschen bereits in den früheren Noten enthalten. Der Präsident muß also ständig auf der Lauer liegen, um festzustellen, ob ein Eingehen auf die neue Note vorliegt. Im Interesse unseres Präsidenten (Heiterkeit) bitte ich, ihn vor dieser unmöglichen Aufgabe zu bewahren.

Nach weiterer kurzer Debatte beschließt das Haus gegen die Stimmen der Konservativen und U. Soz., daß die neue Wilsonnote heute nicht besprochen werden soll.

Abg. Korfanty (Pole):

Abg. Kreth hat gesagt, der preußische Löwe sei noch nicht tot, um nicht Prankenhiebe zu verteilen, wenn man ihm Fußtritte gebe. Es entspricht nicht unserer Art, einem sterbenden Löwen Fußtritte zu geben, wir haben einen offenen Kampf mit dem preußischen System nie gescheut, das wir allerdings nie mit einem Löwen vergleichen würden. Wir empfinden gegenüber dem

bisherigen preußischen System

nicht Haß, sondern Verachtung. Das deutsche Volk aber schätzen und achten wir. (Bravo!) Wir haben innerstes Mitleid mit der Katastrophe, die über das deutsche Volk hereingebrochen ist, die eine Folge gewisser Charakterfehler dieses Volkes ist, eines Mangels an freiheitlichem Sinn und politischer Selbstachtung. Aber wir beglückwünschen das deutsche Volk zu dem freiheitlichen Ausbau seiner Verfassung. Es ist eine wunderbare Fügung Gottes, daß das alte Preußen, Rußland und Oesterreich an der nationalen Idee zugrunde gegangen sind, an der sie sich Polen gegenüber schwer versündigt haben. Der Abg. Noske befürchtete gestern, im künftigen polnischen Staat würden nationale Minderheiten unterdrückt werden. Ich weise das als eine schwere Beleidigung des polnischen Volkes zurück. — Der Staatssekretär Dr. Solf erklärte, das Programm Wilsons solle loyal durchgeführt werden. Damit steht aber in Widerspruch, daß in polnischen Landesteilen der Bevölkerung durch die Generalkommandos unmöglich gemacht wird, dazu Stellung zu nehmen. Auch die Verweigerung der Pässe an uns zur Reise nach Warschau steht nicht damit in Einklang. Wir verlangen keinen deutschen Boden. Aber wir verlangen

eine eigene Meeresküste mit polnischer Bevölkerung,

wie sie auf dem linken Weichselufer bis Hela hinauf unzweifelhaft vorhanden ist. Danzig ist eine deutsche Stadt. Wird sie, wie wir hoffen, vom künftigen Friedenskongreß zu Polen geschlagen, so wird sie das Schicksal so vieler fremdsprachiger Enclaven teilen, die nicht

Präsident Fehrenbach: Sie verwechseln den Deutschen Reichstag mit dem künftigen Friedenskongreß. Sie sollten ein Empfinden dafür haben, daß es von dieser Tribüne nicht angeht, über die Losreißung deutschen Gebietes von Deutschland zu sprechen.

Abg. Korfanty (fortfahrend): Ich glaube, es kann die Gefühle dieses Hauses nicht verletzen, wenn hier unzweifelhaft polnisches Gebiet für Polen gefordert wird. Der Staatssekretär Dr. Solf wies darauf hin, daß deutsches Gut und Blut für die Freiheit Polens geflossen ist. Vor dem Andenken der Deutschen, die ihr Blut in Polen dahingegeben, beugen wir in Ehrfurcht das Haupt. Aber mit diesen Opfern war nicht die Befreiung Polens vom russischen Joch beabsichtigt. Das beweisen schlagend die Briefe Ludendorffs an die österreichischen Machthaber. Wir bitten unserer Resolution zuzustimmen, daß die polnischen Kriegsgefangenen, Zivilgefangenen und Arbeiter sofort in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Herr Ledebour machte sich gestern über einen polnischen Oberlehrer lustig, dabei spricht er als geborener Schulmeister. (Heiterkeit.) Deutsche und Polen werden aufeinander angewiesen sein, und wir reichen ihnen die Bruderhand zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle der Menschheit. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Schulz (Deutsche Fraktion): Ueber die Polen habe ich mich nie einer Illusion hingegeben, und auch denen, die Illusionen hatten, mußten sie schwinden, als der Abg. Korfanty die unzweifelhaft deutsche Stadt Danzig für Polen forderte. Mit Scham erfüllt es mich, wie über diese Dinge in den letzten Tagen hier gesprochen worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Als deutscher Untertan . . . (Zurufe links), als deutscher Bürger und Untertan des Kaisers . . . (Zuruf links: Es gibt keine Untertanen!) Als Vertreter der deutschen Ostmarken verstehe ich nicht, daß im Deutschen Reichstag so gesprochen werden kann. Wir Ostpreußen erheben flammenden Protest gegen jedes Unternehmen, das auch nur ein Stück deutschen Landes abreißen will. (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (Vp.): Das Schmerzlichste war für mich die Erklärung der Elsässer, eines Landes, das zu 90 Proz. von Deutschen bewohnt ist. Den Scherbenhaufen im Elsaß danken wir der unsinnigen Politik, die wir stets aufs äußerste mit der Forderung auf Autonomie bekämpft haben. Was dort von dem Militarismus gesündigt ist, erleben wir jetzt nach dem Wort: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Ich hoffe, daß die Elsässer sich noch besinnen werden, weil sie Deutsche sind. Auch in Polen hat die von uns stets bekämpfte Politik viel Böses verschuldet. Das Manifest der Polen steht

im schroffen Widerspruch zu Wilsons Programm,

bei dem nur von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung die Rede ist. Sollten ethnographische Abgrenzungen für Staaten die einzigen maßgebenden sein, so müßten wir außer dem Elsaß auch Deutsch-Oesterreich und die deutsche Schweiz verlangen. Diese Forderung haben wir nie erhoben, weil eben Staaten nicht nur ethnographisch abgegrenzt werden können. Besonders unmöglich ist das im Osten. Das Entscheidende muß die Sprache sein. Den Zugang zum Meer könnten die Polen ebenso gut über Litauen erhalten, wie sie ihn früher schon gehabt haben. Mit einer Vergewaltigung Deutschlands ist ein dauernder Völkerbund unmöglich. (Sehr richtig!) Es ist tief traurig, daß wir überhaupt zu diesen Debatten gekommen sind. Leider sind die Militärs erst zu ihrer jetzigen Erkenntnis gekommen in dem Moment, wo es viel zu spät war, einen guten Frieden durchzusetzen. Wenn die „Deutsche Tageszeitung" jetzt von einer Regierung der Verkleinerung des Reichs spricht, so ist das die ungeheuerliche Verlogenheit von seiten der Leute, die den Krieg als Erlösung begrüßt haben und während des Krieges alles getan haben, um einen brauchbaren Frieden zu verhindern. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie sollten an Ihre Brust schlagen und sagen Gott sei mir Sünder gnädig für alles, was ich am deutschen Volke verbrochen habe. (Lebhafte Zustimmung links.)

Staatssekretär Trimborn: Wenn die Mitteilung des Abg. Korfanty daß die Verbreitung der neulichen Rede des Abg. Stychel von dem Generalkommando in Posen verboten ist, zutrifft, so kann diese Maßnahme von der Regierung nur gemißbilligt werden und es werden die nötigen Schritte ergriffen werden. (Bravo!)

Abg. Schlee (natl.):

Wir können die Polen so gut behandeln wie wir wollen, wir werden sie doch nie dazu bringen, Deutsche zu werden. Wir haben bei unseren Maßnahmen nicht danach zu fragen: was nützen sie den Polen, sondern was nützen sie den Deutschen. (Sehr richtig!) Das Mitleid der Polen brauchen wir nicht. Das deutsche Volk ist noch nicht so weit, daß es sich ohne weiteres dem Machtgebot eines Wilson unterwirft. (Bravo! rechts.) Es wird sich besinnen, es bedarf nur der Führung. (Lebh. Bravo! rechts.) Die Polen haben selbst nichts getan zur Erringung des polnischen Reiches, sie haben nur große Worte gemacht. Wenn sie jetzt deutsches Land haben wollen,

so mögen sie nur kommen

und es sich holen; sie werden bei uns mit blutigen Köpfen abgewiesen werden. (Stürmischer Beifall rechts. — Lautes, andauerndes Händeklatschen auf den Zuschauertribünen. — Große Unruhe.)

Abg. Cohn (U. Soz.):

Ich werde mit meinen Worten die Erregung nicht erhöhen, die sich augenblicklich des Hauses bemächtigt hat. Für uns ist in nationalen Fragen die Sprache ausschlaggebend. Den nationalen Minderheiten muß ausreichender Schutz gewährt werden. Das werden die Polen hoffentlich in Zukunft auch in ihrem Lande tun. In der dänischen Frage hat sich Staatssekretär Solf auf einen rein formalistischen Standpunkt gestellt. Auch die nationalen Grenzstreitigkeiten zwischen Nordschleswig und Preußen müssen im Sinne der Wilsonschen Botschaft gelöst werden. Bei einer Abstimmung wird sich ja herausstellen, wohin der überwiegende Wille der dortigen Bevölkerung geht. Die elsaß-lothringische Frage darf keinen Grund zur Kriegsverlängerung abgeben. Wir haben eine Abstimmung der dortigen Bevölkerung schon in unserem Stockholmer Manifest empfohlen. — In dieser Stunde ist es notwendig festzustellen, wer für den Zustand verantwortlich ist, in den das deutsche Volk geraten ist. Der Krieg ist nicht durch die Schuld einzelner entstanden, sondern aus den gesamten politischen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhängen heraus. Der Imperialismus in England war gesättigt und daher konservativ. Wesentlich raub- und machtlustiger war der junge deutsche Imperialismus, der noch dazu unterstützt wurde durch einen stark offensiven Militarismus, der sich mit den Mitteln der Gewalt und der Lüge durchsetzt. Das Extrablatt des „Lokal-Anzeigers", der die Mobilmachung auf den Straßen verkündete, als sie noch gar nicht erfolgt war, damit das in die Welt hinaustelegraphiert würde, was ja auch geschehen ist, bleibt unvergessen. Die Kriegserklärung an Frankreich ist amtlich durch einen Angriff französischer Flieger auf Nürnberg, der erlogen war, begründet worden. (Hört! hört!) Die Zivilregierung führte Verhandlungen mit Wilson, dem Militär paßte das nicht, und sie durchkreuzten die Verhandlungen durch die Erklärung des verschärften U-Boot-Krieges. Wieviele Hunderttausende wissen heute noch nicht, daß der Chef des Generalstabs Graf Moltke und auch Falkenhayn schon 1914 die Ueberzeugung hatten, daß nach der ersten Marneschlacht der Krieg für Deutschland verloren war. (Hört! hört!) Aber es ist dem Militarismus unmöglich, einen begangenen Fehler einzugestehen. Ein Präventivkrieg mußte gewonnen werden, wenn er später gerechtfertigt sein sollte. Wird er verloren, so wendet sich die Bevölkerung mit Recht gegen die Leute, die die Vorsehung spielen wollten und das Volk in Unglück gebracht haben. (Sehr wahr!) Jetzt wollen die Militärs versuchen, sich der Verantwortung zu entziehen, die auf ihnen liegt. Ende September hat Ludendorff nach Berlin geschrieben, es müsse

sofort eine verhandlungsfähige Regierung

gebildet werden, die ein Waffenstillstandsangebot und ein Gesuch um Frieden an Wilson zu richten hätte. (Hört! hört!) Eine „verhandlungsfähige" Regierung — deswegen mußte Hertling gehen. (Hört! hört!) Am 2. Oktober fand in Berlin unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Payer eine Besprechung von Reichstagsabgeordneten statt, der Vertreter der Obersten Heeresleitung beiwohnten, die schriftlich formuliert diese Meinungsäußerung der Obersten Heeresleitung mitbrachten. Jetzt sieht es so aus, als ob auch

Hindenburg sich der Verantwortung dafür zu entziehen sucht,

daß ein Friedensangebot gemacht ist. In der heutigen Pressekonferenz in Berlin, die unter Vorsitz des Chefs des

Kriegspresseamts stattfand, ist ein Brief von Hindenburg verlesen worden, worin er sich dagegen verwahrt, daß er als Quelle dafür angerufen werde, daß von ihm gesagt sei, ein Waffenstillstand und Friedensangebot müsse in die Welt geschickt werden, weil Deutschland aus militärischen Gründen nicht mehr Zeit habe, zu warten. (Hört! hört!) Das beweist, daß die militärischen Stellen sich der Verantwortung für die von ihnen wenn nicht herbeigeführte, so doch nicht rechtzeitig dem Volke mitgeteilte Lage entziehen wollen. Aus diesem Bestreben erklärt sich, daß überhaupt das Waffenstillstandsangebot nicht von den Militärs, sondern vom zivilen Reichskanzler ausgegangen ist, daß gegen alle Gewohnheiten der zivile Reichskanzler auch mit den Einzelheiten von Waffenstillstandsverhandlungen bepackt und belastet wird, die nach militärischem Brauch die Pflicht und das Vorrecht der militärischen Stellen gewesen wären. (Sehr wahr!) **Man wollte eben nicht die Erklärung abgeben: Ich als Soldat bin genötigt, einen Waffenstillstand nachzusuchen.** Die Militärs wollen ihre soziale Existenz und Geltung behalten trotz des verlorenen Krieges. Jetzt spielen die militärischen Stellen mit dem Gedanken des nationalen Aufrufs. Schon erfolgen

Vorstöße von Generälen

nach dieser Richtung hin. (Hört, hört!) Ebenfalls in der heutigen Pressekonferenz ist ein Telegramm Hindenburgs verlesen worden, gerichtet an die nachgeordneten Stellen, die Armeeoberkommandierenden usw. Sein Inhalt soll lauten: „Wilson mutet dem deutschen Heere die Kapitulation zu, aber **Heer und Flotte lehnen sich dagegen auf** (Hört, hört!); sie werden lieber bis zum letzten kämpfen." Die Regierung wird sich gegenüber solchen Vorstößen der noch immer nicht außer Kraft gesetzten Militärmacht darüber klar sein müssen, daß alle ihre Politik scheitern kann und muß an dem Widerstand der militärischen Führer. Sie kann es sich nicht gefallen lassen, daß hinter ihrem Rücken in Pressekonferenzen eine Politik geführt wird, die der jetzigen Regierungspolitik gänzlich zuwiderläuft. (Sehr wahr!) Dieser Aufruf wendet sich auch direkt an die Krone, falls diese sich etwa dazu bringen ließe, auf die Anregung Wilsons einzugehen. Dann würden sich

Heer und Flotte gegen die Krone

werden. Die Frage ist, ob wir den Frieden mit oder ohne den Träger der Krone schließen sollen. (Zuruf bei den U. Soz.: Ohne. — Präsident Dove ruft den Zwischenrufer zur Ordnung.) Der Träger der Krone hat durch seine früheren Aeußerungen sehr viel dazu beigetragen, das deutsche Volk in der ganzen Welt zu diskreditieren und verhaßt zu machen. Ihn sieht auch das Ausland für den Protektor der Art von Kriegführung an, die im Ausland als die allerbrutalste angesehen wird und soviel Erbitterung gegen Deutschland hervorgerufen hat. Deshalb darf man sich nicht wundern, daß Wilson die militärische Niederlage Deutschlands benutzen will, um den Kaiser und sein Haus mit Stumpf und Stiel zu beseitigen. Die bürgerlichen Parteien sind reichlich schuld daran, denn sie haben in byzantinischer Weise dem persönlichen Regiment und der Autokratie gehuldigt. Das stärkste Friedenshindernis sind diejenigen, die für die Aufrechterhaltung ihrer sozialen Existenz und des autokratischen Systems nicht die Konsequenzen aus der Lage ziehen wollen. Dies Friedenshindernis muß beseitigt werden, ob es auf dem Throne oder in den Stuben der Obersten Heeresleitung sich befindet. Von meinem Standpunkt aus verlange ich, daß die ganze Dynastie das Feld räume. (Pfui rechts. Beifall b. d. U. Soz. und zum Teil auf den Tribünen. Konservative Abgeordnete springen auf und rufen erregt zur Tribüne hinauf: Raus! Lauter Juden! Lausbuben! — Gegenrufe von der Tribüne. — Abg. Ledebour: Vorhin waren Sie mit der Tribüne sehr zufrieden. — Anhaltender Lärm. — Vizepräsident Dove droht für den Wiederholungsfall die Räumung der Tribüne an.)

Abg. Rühle (Kommunist): **Die wahren Sozialisten lehnen jeden Verständigungsfrieden der Imperialisten und Kapitalisten ab;** ebenso lehnen wir die sogenannte Demokratie und Parlamentarisierung ab, das arbeitende Volk verlangt vielmehr die sozialistische Republik und die Abdankung des Urhebers des Krieges, des Kaisers. (Präsident Fehrenbach ruft den Redner für diese Aeußerung zur Ordnung.) Das wird dem Kaiser nicht vorm Strafgericht retten. (Präsident Fehrenbach: Ich verbitte mir jede Bemerkung zu meinem Ordnungsruf und rufe Sie nochmals zur Ordnung.) Die Verbrüderung aller Völker zu einem Kulturbunde im Zeichen des Sozialismus, das müssen die Arbeiter erkämpfen mit der Waffe der Revolution.

Präsident Fehrenbach: Die Aufforderung zur Revolution ist unzulässig. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Die Debatte schließt. Der Gesetzentwurf wird angenommen. Die Resolution Broukhys (Pole) wird gegen die Stimmen der Polen, Sozialdemokraten und U. Soz. abgelehnt. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs zur Aenderung der Verfassung Elsaß-Lothringens, wonach auch in Elsaß-Lothringen Staatssekretär und Unterstaatssekretäre Abgeordnete bleiben können.

Abg. Haegy (Ell.):

Hinter dem Programm Wilsons steht die vereinigte Macht der gesamten Welt. Selbst wenn die Stimmung im Elsaß für das Deutsche Reich günstig wäre, so wäre das bei der gegenwärtigen Lage ohne Belang. Eine schauderhafte Behandlung hat das Elsaß unter der militärischen Herrschaft jahrzehntelang erduldet und während des Krieges ist die Behandlung noch verschärft und verschlimmert worden, wodurch eine Erbitterung entstanden ist, die sich bis zum Himmel erhoben hat. Es würde in Elsaß-Lothringen nicht verstanden worden sein, wenn hier nicht die Erklärung, wie sie Abg. Ricklin abgegeben hat, erfolgt wäre. Es wäre eine Irreführung des deutschen Volkes gewesen, es glauben zu lassen, daß nach einer Neuordnung der Verhältnisse in der Südwestecke des Reichs unter flammender Vaterlandsbegeisterung ein neuer Bundesstaat dem Reiche erstehen würde und Wilson damit ein dicker Strich durch seinen § 8 gemacht wäre. Die Erklärung sollte warnen vor Erwartungen, als ob diese Neuordnung in Elsaß-Lothringen heute noch einen Umschwung der Stimmungen herbeiführen könnte, wie sie durch Mißgriffe ohne Maß und Zahl seit 44 Jahren erzeugt worden ist. Natürlich stimmen wir der Vorlage zu, die unseren alten Forderungen entspricht. Aber die Tragweite dieser neuen Reform scheint durch die großen politischen Ereignisse überholt.

Die Vorlage wird hierauf in allen drei Lesungen erledigt und in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. (Dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung.)

Schluß 6½ Uhr.

Die Konsumvereine und die Parteispaltung.

In mehr als einem Falle droht deutschen Konsumgenossenschaften, in den Parteistreit verstrickt oder doch durch ihn geschädigt zu werden. Diese Wirtschaftsgebilde, deren Bedeutung darin besteht, daß durch die Zusammenfassung großer Verbrauchermassen den Anhängern wirtschaftliche Vorteile gesichert werden, können aber nichts weniger vertragen, als die Ausfechtung politischer Streitigkeiten innerhalb ihrer Einrichtungen. Keinesfalls eignen sie sich dazu, als Werkzeuge einer bestimmten Parteirichtung benutzt zu werden. Wo man es versuchte, die Konsumvereine als Kampfmittel politischer Parteien zu benutzen und auszubauen, war die unfehlbar eintretende Folge die wirtschaftliche Schädigung und Zersplitterung der Bewegung. Man braucht nur auf die belgischen und französischen Erfahrungen zu verweisen. Große Umsätze in wenig Verkaufsstellen, dadurch bedingter großer und billiger Einkauf, Eigenproduktion auf breiter Grundlage, technische Vollkommenheit in allen Einrichtungen und deren intensive Ausnutzung sollen den wirtschaftlichen Vorteil gewährleisten. Die infolge der politischen Intoleranz eintretende Zersplitterung der wirtschaftlichen Kräfte, die Lähmung der wirtschaftlichen Macht, müssen unfehlbar den gewollten Zweck beeinträchtigen und schließlich ganz aufheben.

Die privatkapitalistischen Klein- und Großhandelsbetriebe, besonders die Warenhäuser, die sich ungehemmt durch politischen Streit ausbauen und entwickeln, nützen die geschaffene Situation willig aus, um die Käufer durch ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit an sich zu ziehen.

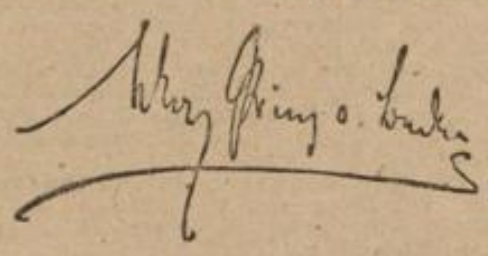
Nun erscheint es vielleicht manchem Vertreter politischer Intoleranz weniger gefährlich, sich bestehender Konsumgenossenschaften zu bemächtigen, um sie für die Zwecke bestimmter Parteigruppen auszunützen. Von einer gut begründeten und finanziell fest fundierten Genossenschaft nimmt man an, daß sie schon einige Erschütterung aushält. Es gibt ja auch immer noch Leute, die da glauben, daß zur Leitung einer Konsumgenossenschaft nicht technische Kenntnisse und langjährige Erfahrung erforderlich ist, sondern daß die „richtige" Gesinnung genügt. Die Folgen politischer Unduldsamkeit in den Konsumvereinen lassen sich leicht ausmalen. Die Verteilungs- und Produktivbetriebe der bestehenden Konsumgenossenschaften sind auf die derzeitigen Mitgliederzahlen, auf Umsätze in bestimmter Höhe, häufig auch auf übersehbare Entwicklungsmöglichkeiten zugeschnitten. Die innere Festigkeit und die davon abhängigen äußeren Erfolge werden getragen von der Treue der Mitglieder. Entziehen diese oder auch nur Teile von ihnen der Genossenschaft ihre Kaufkraft, so werden Bäckerei und andere Zentralbetriebe, Verteilungsstellen, Fuhrwerke usw. nicht mehr voll ausgenützt und darum entwertet, die Unkosten steigen ins Ungemessene und der erwartete wirtschaftliche Erfolg wird in das Gegenteil verkehrt. Die Mitglieder, die nicht politischer Anschauungen, sondern wirtschaftlicher Vorteile wegen sich zusammenschlossen, splittern ab, da diese ausbleiben. Abgehende Mitglieder nehmen ihre Geschäftsguthaben und ihre Spareinlagen mit, entziehen damit der Genossenschaft die finanzielle Grundlage. Der Zusammenbruch, im allergünstigsten Falle die Stagnation der Genossenschaft ohne wirtschaftlichen und ohne irgendwelchen andern Erfolg (denn politische Vorteile können wahrhaftig nicht erzielt werden), sind schließlich das Resultat der politischen Unduldsamkeit.

In zahlreichen Konsumvereinen hat man es versucht, die Anhänger aus Verbrauchergruppen mit den verschiedensten politischen Anschauungen zu gewinnen. Daß in den Verwaltungen und unter den Angestellten der Konsumgenossenschaften die Angehörigen verschiedenster politischer Parteien einträchtig auf dem neutralen Gebiet konsumgenossenschaftlicher Arbeit sich zu betätigen vermögen, läßt sich aus zahlreichen deutschen Beispielen erhärten. Man läßt in diesen Genossenschaften über die Brauchbarkeit der Verwaltungsmitglieder und Angestellten nur ihre berufliche und persönliche Tüchtigkeit entscheiden. Es wäre ein Verhängnis für die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung, wenn politische Unduldsamkeit innerhalb der Arbeiterschaft sich in den Konsumvereinen zu betätigen suchte. Der Konsumgenossenschaften harren nach dem Kriege gewaltige Aufgaben und unübersehbare Entwicklungsmöglichkeiten fordern ungehinderte fleißige Arbeit, brauchen innere Ruhe und ungestörte Einigkeit der Mitglieder und Verwaltungen. Wer politische Auffassungen ausfechten will, betätige sich in den dafür geschaffenen politischen Parteiorganisationen und schädige nicht die Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter, die für alle Verbraucher schaffen und wirken sollen.

Adolf Rupprecht.

Reichskanzler Prinz Max von Baden über die Kriegsanleihe:

Die neunte Kriegsanleihe muß den ungebrochenen Selbsterhaltungswillen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.



Groß-Berlin

Aus der Geschichte der Partei.

Von 1870—1878.

In dem dritten Vortrage, den Genosse Molkenbuhr am Donnerstag hielt, behandelte er die Zeit von 1870 bis zum Vorabend des Sozialistengesetzes. Der Vortragende zeigte, daß die sozialdemokratische Bewegung, obwohl sie erst am Anfang ihrer Erfolge stand, von den Machthabern schon als so gefährlich angesehen wurde, daß die Leitung der „Eisenacher" nach dem Ausbruch des Krieges gegen Frankreich auf Grund des Belagerungszustandes in Haft gesetzt wurde. Mit dem Hochverratsprozeß, der 1872 gegen Bebel, Liebknecht und Heppner geführt wurde, und den beiden Erstgenannten längere Freiheitsstrafen brachte, sollte ein Schlag gegen die Parteibewegung geführt werden, der aber die beabsichtigte Wirkung nicht ausübte. Die starke Entwicklung des Wirtschaftslebens schuf den Boden für die sozialdemokratische Bewegung, die trotz ihrer damals sehr geringen materiellen Mittel und der noch wenig umfangreichen sozialistischen Literatur durch die unermüdliche aufopfernde agitatorische Tätigkeit der Parteigenossen gefördert wurde.

In der Aera Tessendorf erreichte die Verfolgungswut Mitte der siebziger Jahre ihren Höhepunkt. Staatsanwalt Tessendorf glaubte, wenn die Organisationen der Arbeiterbewegung vernichtet würden, werde die Bewegung selbst absterben. Auf seine Anklagen wurden denn auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, alle zentralistischen Gewerkschaften und schließlich auch die Organisation der „Eisenacher" aufgelöst. Doch die Parteigenossen fanden Mittel und Wege, um in anderen Formen ihre Tätigkeit fortzusetzen und ihre Anhänger zu sammeln.

Die Organisationen beider sozialdemokratischer Richtungen, die sich jahrelang heftig bekämpft hatten, waren aufgelöst. Dieser Umstand ließ unter den führenden Parteigenossen den Gedanken der Verschmelzung entstehen, die denn auch auf dem Kongreß in Gotha im Mai 1875 vollzogen wurde, nachdem die Aussprache gezeigt hatte, daß sowohl „Lassalleaner" wie „Eisenacher" in den sozialdemokratischen Grundauffassungen vollkommen einig waren. Nun gab es eine einige, geschlossene Sozialdemokratie, die sich ein Zentralorgan, den „Vorwärts", schuf, der in Leipzig erschien.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre setzte unter Führung von Stöcker, Wagner und anderen die christlich-soziale Bewegung ein, welche die Arbeiter für die Bismarcksche Politik einfangen wollte, die aber diesen Erfolg nicht erreichte. Die im Sommer 1878 von Hödel und Nobiling gegen Wilhelm I. verübten Attentate, die mit der Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun hatten, waren gleichwohl für Bismarck eine willkommene Gelegenheit, durch Einbringung des Sozialistengesetzes einen schweren Schlag gegen die Sozialdemokratie zu führen und die Wahlen so zu beeinflussen, daß der Reichstag der damals eingeleiteten Schutzzollpolitik geneigt war.

Die Zeit des Sozialistengesetzes wird Genosse Molkenbuhr am nächsten Donnerstag behandeln.

Neuordnung in der Kommunalverfassung und -Verwaltung

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion (Barkowski u. Gen.) hat zur Stadtverordnetensitzung folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, angesichts der kommenden Neuordnung der Verhältnisse in Preußen, mit ihr in gemischter Deputation zu beraten: welche Aenderungen der Städteordnung, des Zweckverbandsgesetzes und der sonstigen die Gemeindeverfassung und -Verwaltung beeinflußenden Gesetze in einer Petition den neuen gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen sind.

Weiterer Rückgang der Grippe-Erkrankungen.

Nach Mitteilungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin ist die Zahl der Neuerkrankungen am Donnerstag auf 1505 zurückgegangen. Davon fallen 1135 auf Grippe und 20 auf Lungenentzündung. Die Zahl der Todesfälle betrug 40, und zwar starben an Grippe 18 und an Lungenentzündung 9 Personen.

Im Ministerium des Innern (Medizinalabteilung) fand gestern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Professor Dr. Kirchner eine Sitzung sämtlicher beamteten Aerzte von Groß-Berlin unter Zuziehung von Vertretern der Polizeipräsidien und der Städte Berlin, Charlottenburg und Schöneberg, sowie hervorragender Kliniker über den Stand der Grippe und insonderheit über die Frage statt, ob es mit Rücksicht auf die Ausbreitung der Grippe erforderlich wäre, als weitere Maßregel die vorübergehende Schließung von Theatern, Kinos und ähnlichen Vergnügungsanstalten ins Auge zu fassen. Nach der übereinstimmenden Ansicht der Sachverständigen hat die Grippe ihren Höhepunkt erreicht und ist vorläufig eine Schließung öffentlicher Vergnügungsanstalten nicht zu empfehlen. Auch besteht bezüglich der Schulen Uebereinstimmung dahin, daß eine grundsätzliche Schließung nicht erforderlich ist.

Berliner Lebensmittel.

Für die am 28. Oktober beginnende Fleischkartenperiode können die Fleischkarten in Berlin in der Zeit vom 20. bis 30. Oktober bei den zuständigen Brotkommissionen gegen Bezugscheine auf Grieß und Graupen umgetauscht werden. Auf eine Vollkarte werden wöchentlich 150 Gramm, auf eine Kinderkarte 125 Gramm dieser Nahrungsmittel ausgegeben. Der Warenbezug erfolgt wie bisher aus den bekannten besonders kenntlich gemachten Geschäften.

Zum Umtausch berechtigt sind diejenigen, die sich bei ihren Brotkommissionen zur Eintragung in die Liste gemeldet haben. Wer die Anmeldung ohne sein Verschulden versäumt hat, kann den Umtausch vom 28. bis 30. Oktober im Bureau für Fleischversorgung, Neue Friedrichstr. 1, Zimmer 7, bewirken. Die Stammteile der Bezugscheine müssen aufgehoben werden, weil darauf voraussichtlich der Ersatz für Fleisch für die fleischlose Woche vom 18.—24. November ausgegeben wird.

Demnächst gelangen auf Abschnitt 74 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 200 Gramm und auf Abschnitt 75 250 Gramm Marmelade zur Ausgabe. Die Anmeldung findet in den durch ein Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften am 26., 28. und 29. Oktober statt.

Bis Mittwoch, den 30. Oktober, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisefettkundenlisten der in den Bezirken der 107., 110., 111., 152. und 221. Brotkommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Die Fischkundenliste.

In Berlin ist vor einigen Monaten die Fischverteilung geregelt worden. Man hat die Fische rationiert, so daß sie nur noch auf Bezugskarte zu haben sind. Leider fehlt es aber für die Versorgung Berlins mit Fischen nur zu oft an dem Wichtigsten — an der nötigen Menge Fische. Wie gering die verfügbaren Vorräte sind, das zeigt die lange Geltung so eines Bezugskartenabschnittes. Seit Mitte August hat der Magistrat in jeder Woche immer wieder bekannt gemacht, daß „für frische Fische noch die Abschnitte G 2 zur Entnahme von 1 Pfund gelten". Seit Mitte August kann jeder Berliner auf diese Abschnitte sein Pfund Fische entnehmen — falls welche da sind. In zehn Wochen ist es noch nicht möglich gewesen, die gesamte Bevölkerung Berlins mit einem einzigen Pfund Fische je Person zu versorgen. Dutzende von Malen haben Kauflustige sich vor den Fischläden aufstellen müssen, und haben stundenlang ausgeharrt in der Hoffnung, endlich doch das lumpige Pfund Fisch zu erhalten. Und immer wieder haben die Händler antworten müssen, daß nichts da war. Warum ist nicht für den Fischverkauf längst eine Kundenliste eingeführt worden, wie sie sich bei anderen Nahrungsmitteln bewährt hat? Wenn die Kunden nach Nummern aufgerufen würden, bliebe ihnen wenigstens Zeitverlust und Aerger erspart. Für Neukölln ist in der vorigen Woche beschlossen worden, die Fischkundenliste einzuführen. Für Berlin wird, wie wir hören, dieselbe Maßregel erwogen. Hoffentlich kommt sie zustande und läßt nicht allzulange auf sich warten. Zu wünschen ist, daß alle Gemeinden Groß-Berlins sich diesem Vorgehen baldigst anschließen.

Raubmord in der Königstraße.

Ein neues Kapitalverbrechen ist in der Nacht zu Freitag im Zentrum der Stadt verübt und gestern mittag entdeckt worden. In dem Hause Königstraße 48, an der Ecke des Hohen Steinwegs, das einen Zugang von diesem aus hat, hauste gleich rechts vom Eingang in mehreren kleineren Räumen des Erdgeschosses ein Billetthändler Köhler für sich allein. Seine Wirtschaft ließ er sich von einer Aufwärterin besorgen. Als diese gestern mittag zu ihm kam, um aufzuräumen, fand sie ihn an der Tür des Wohn- und Schlafzimmers zugedeckt regungslos liegen. Sie benachrichtigte die Revierpolizei und ein Kriminalschutzmann stellte fest, daß der Mann ermordet worden ist. Anscheinend liegt ein Raubmord vor. Köhler pflegte abends erst spät nach Hause zu kommen. Die Türschlüssel fehlen bis jetzt. Die Aufwärterin konnte mit ihren eigenen Schlüsseln öffnen. Was geraubt ist, läßt sich noch nicht sagen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Dazu wird noch mitgeteilt: An der Leiche, die nur mit dem Hemd bekleidet war, wurden fünf schwere Stichverletzungen festgestellt. Ein Stich war in das linke Auge, die anderen in die Brust eingedrungen. Alle wurden von oben nach unten mit einem dolchartigen im Heft feststehenden Messer geführt, wie es jetzt viele Soldaten als Seitengewehr tragen. Die Klinge muß etwa 2½ Zentimeter breit sein. Eine bedeutsame Feststellung sind ferner mehrere

blutige Abdrücke eines nackten Fußes. Sie wurden neben der Leiche gefunden und rühren nicht von einem Fuße des Ermordeten, also vom Mörder her. In dem Wohn- und Schlafraum stand neben der Leiche ein Sack, der Geschirre mit fertig gekochtem Essen enthielt, darunter ein Fleischgericht und eine Flasche, die anscheinend mit einer Brühe gefüllt ist. Es ist das wahrscheinlich eine Mahlzeit, die sich Köhler, der zuweilen auch selbst kochte, geholt hat, oder hat holen lassen. Es wäre erwünscht, daß festgestellt werden könnte, woher diese Mahlzeit stammt. Ueber den Aufenthalt des Ermordeten am Donnerstagabend ist noch nichts festgestellt. Um 9 Uhr wurde Köhler noch an seiner Behausung gesehen. Vielleicht ist er abends im Theater gewesen. Bald nach 11 Uhr scheint er nach Hause gegangen zu sein und alles verschlossen zu haben. Ob Köhler einen anderen Mann, also wohl den Mörder, mitgebracht hat, weiß man nicht. Nachbarn sahen öfter, daß Männer die Nacht über bei ihm waren. Es scheint, daß Köhler mit solchen Männern in einem gewissen Verkehr stand und es ist deshalb sehr wohl möglich, daß der Mörder in diesen Kreisen zu suchen ist. Es liegt ohne Zweifel ein Raubmord vor. Denn in dem Schreibtisch des Ermordeten, der in dem Eingangsraum hinter einem Verschlag steht, sind alle Behältnisse erbrochen und durchwühlt.

Sammlung von Küchenabfällen. Die Geltungsdauer der Bekanntmachung über Sammlung von Küchenabfällen und Speiseresten für das Gebiet der Stadt Berlin vom 15. Juni 1918 wird — wie das Oberkommando bekannt macht — bis auf weiteres verlängert.

Der wahre Jacob ist erschienen und gelangt heute zur Ausgabe.

Im Sportpark Treptow kommt am Sonntag der zweite Teil der Bilanz des Jahres zum Austrag. Das Rennen führt über 75 Kilometer = 240 Bahnrunden. Das Programm wird vervollständigt durch ein Dauerrennen der mittleren Klasse und Fliegerrennen. Die Rennen beginnen um 2¾ Uhr.

Raubüberfall in Schönow. Auf unbebauter Straße überfallen, schwer verletzt und um 30 000 M. beraubt wurde gestern vormittag der 26 Jahre alte Bureauangestellte Hans Schorling von der Optischen Anstalt Goerz, A.-G. in Friedenau. Schorling hatte den Auftrag, in einer Ledermappe 30 000 M. von dem Hauptgeschäft in der Rheinstraße zu Friedenau nach dem Zweiggeschäft in Schönow zur Lohnzahlung zu bringen. Der junge Mann fuhr zunächst mit der Straßenbahn und hatte dann noch einen Fußweg zu machen. Auf diesem Wege, einer noch nicht bebauten Straße gesellte sich ein Soldat zu ihm, der ihn um Feuer bat. Nachdem Schorling es gereicht hatte, erhielt er von dem Soldaten mit einem stumpfen Gegenstand einen Schlag auf den Hinterkopf, so wuchtig, daß er halb betäubt ins Taumeln geriet. Dann versetzte ihm der Angreifer mehrere Messerstiche in den linken Oberarm und den Unterleib, so daß er zusammenbrach. Während der Ueberfallene hilflos dalag, ergriff der Räuber seine Tasche und entfloh damit. Ein Radfahrer von Goerz fand den Schwerverletzten bald auf und brachte ihn nach der Krankenstube der Anstalt. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er dann dem Krankenhause zugeführt. Die geraubte Tasche fand man in dem Birkengestrüpp wieder. Sie enthielt nur noch die leeren Lohntüten.

Schöneberg. Gültigkeitsverlängerung der Eierkarte. Die Gültigkeit des Abschnittes 52 der Eierkarte wird infolge verzögerter Anlieferung der Eier um eine Woche d. h. bis spätestens Freitag, den 1. November, verlängert.

Wilmersdorf. Das Bureau der Städtischen Besohlanstalt, Gieselerstr. 7 III ist wieder werktäglich von 8—12 Uhr geöffnet. Daselbst können in dieser Zeit täglich aus Kernlederstücken zusammengesetzte Stiefelsohlen zum Preise von 2.— bis 3.30 M. entnommen werden. — Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich das Bureau der Stadtbekleidungsstelle ebenfalls Gieselerstraße 7 III befindet, woselbst in der Zeit von 8—12 Uhr Anträge zum Bezuge von Reichsware entgegengenommen werden.

Die Gemeindevertretung Friedenau bewilligte in ihrer letzten Sitzung nach den neuen Vorschlägen des Gemeindevorstandes die einmalige Kriegsteuerungszulage an die Beamten, Lehrpersonen, Angestellten und Gemeindearbeiter nach den höheren Berliner Sätzen und stimmte der Aenderung der bestehenden Straßenbahnverträge gemäß den Vorschlägen des Verbandsdirektors für Groß-Berlin auf Grund des neuen Straßenbahneinheitsvertrages und im Hinblick auf die bevorstehende Verschmelzung der Großen Berliner Straßenbahn mit ihren Nebengesellschaften zu. Dagegen wurde die Vorlage über den Beitritt der Gemeinde Friedenau zu der Wohnungsfürsorgegesellschaft „Märkische Heimstätte“ der Provinz Brandenburg mit einer Einlage von 30 000 M. an den Finanzausschuß zur weiteren Beratung zurückverwiesen. Der Antrag der Großen Berliner Straßenbahn auf Herstellung eines Anschlußgleises durch die Schmargendorfer Straße nach dem neuen Friedenauer Postamt wurde genehmigt mit der Maßgabe, daß der Gemeinde dadurch keinerlei Kosten erwachsen.

Friedrichsfelde. Verteilung von Näh- und Stopfgarn. Demnächst sollen wieder Baumwollnähfäden, Leinennähzwirn und Stopfgarn zur Ausgabe gelangen. Die hierzu erforderlichen Bezugscheine werden durch die Bezirksvorsteher verteilt. Von den Karten zum Bezuge von Baumwollnähfäden erhält jeder Einwohner eine. Dagegen ist für jeden Haushalt, ohne Rücksicht auf die Personenzahl, nur eine Karte zum Bezuge von Leinennähzwirn oder Stopfgarn bestimmt. Die Bestellabschnitte sind von Freitag, den 25., bis Mittwoch, den 30. Oktober, bei einem Kleinhändler nach Wahl abzugeben. Die Zeit der Ausgabe wird noch später bekanntgegeben werden.

Post-Abonnenten

Wenn keine Unterbrechung in der Zustellung des „Vorwärts“ eintreten soll, muß die Neubestellung für November-Dezember sofort erfolgen.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Generalversammlung, Dienstag, den 29. d. Mts., bei Gottlieb, Oranienstraße 69. Tagesordnung: Vorstandsbericht und wichtige Vereinsangelegenheiten.

Gerichtszeitung.

Freisprechung von der Anklage des Kriegswuchers. Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II unterlagen die von der Hotelbetriebsaktiengesellschaft für ihre Betriebe festgesetzten Bierpreise der Nachprüfung auf ihre Angemessenheit. Auf Grund des von der Preisprüfungsstelle abgegebenen Gutachtens war der Betriebsdirektor Franz Grosche von dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg wegen Kriegswuchers verurteilt worden, weil in dem bekannten Lokal „Wilhelmshallen“ am Bahnhof Zoologischer Garten der Viertelliter Engelhard-Bier zum Preise von 30 Pf. verkauft worden war. Gegen dieses Urteil hatte sowohl die Staatsanwaltschaft wegen zu niedriger Strafe als auch der Angeklagte Berufung eingelegt. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Julius Meyer I war zur Berufungsverhandlung der Sachverständige der Preisprüfungsstelle Otto Strauß geladen worden. Er erklärte auf Befragen, daß er es ablehnen müsse, das gegen seinen Willen ergangene Gutachten zu vertreten, da nach seiner Meinung unter Berücksichtigung aller zu beachtenden Umstände der von der Hotelbetriebsgesellschaft geforderte Bierpreis durchaus angemessen sei. Der Verteidiger wies darauf hin, wie unsachgemäß die Preisprüfungsstelle in ihrem Gutachten vorgegangen sei. Aus dem Riesenbetriebe einer Millionengesellschaft wolle das Gutachten auf Grund des rohen Einkaufspreises den Wucherverdienst an einem verschänkten Glase Bier errechnen, ohne zu berücksichtigen, daß der Gast nicht allein das verzehrte Getränk, sondern auch die Aufenthaltsberechtigung und die ganze Einrichtung eines Lokals entsprechend in dem gezahlten Preise berechnet finde. Im vorliegenden Falle habe die Gesellschaft, um das Bier überhaupt bekommen zu können, einen Pachtvertrag mit der Engelhard-Brauerei bezüglich der Waldschänke im Zoo abschließen müssen, bei welchem sie 10 000 M. Schaden habe mit in den Kauf nehmen müssen. — Das Gericht kam zur Aufhebung des Urteils erster Instanz und erkannte auf Freisprechung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. V. a. G., Hamburg. Filiale Berlin 2. Sonntag, den 27. d. M., vormittags 9½ Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Kassenbericht. Bericht von der Generalversammlung in Augsburg.

Allgemeine Familiensterbekasse. Sonntag, den 27. Oktober: Zahl- und Aufnahmetag von 3—6 Uhr in den Restaurants Gerichtstr. 12/13 und Buckower Str. 14.

Briefkasten der Redaktion.

Pflegekosten 3. Sie können dazu nicht verpflichtet werden, auch Ihre Frau nicht, da sie kein Einkommen hat; wohl aber kann Ihre Tochter zum Unterhalt des Großvaters herangezogen werden. — **E. W. 66.** 1. Militärisch bedeutet die Ziffer: Eindrücke oder Gewebsverluste am Schädel. 2. Das heißt Blutarmut. — **C. R. 100.** Ja. — **G. M. 2.** Der Kauf ist durch die Anzahlung zustande gekommen. Sie sind zur Abnahme eines Hutes verpflichtet. — **1000 Hertha.** Sie würden für das Kind die Militärwaisenrente bekommen, sonst nichts. — **G. 341.** Es wird nicht die Dienstzeit als Landwehrmann oder Landsturmmann in Anrechnung gebracht, sondern 6 Jahre aktive Dienstzeit müssen nachgewiesen werden, und der eine Sohn muß aktiv dienen, um Aufwandsunterstützung erheben zu können. — **D. 430.** Nach diesem Vergleichsvorschlag müßten Sie außer der Hälfte der Gerichtskosten die Kosten für Ihren Anwalt vollständig zahlen, d. h. also, eventuell von den 300 M., die Ihnen zugebilligt werden. Durch die Bewilligung des Armenrechts hatten Sie nur eine vorläufige Befreiung von den Prozeßkosten erwirkt. Wird, wie es wahrscheinlich sein wird, die Sache zu Ihren Ungunsten entschieden, so würden die Kosten von Ihnen eingetrieben, zumal Sie noch Vermögen haben. — **Hebamme.** Unserer Ansicht nach ist die Forderung der Hebamme unberechtigt. — **Bremen.** Wir würden Ihnen aber trotzdem empfehlen, sich zunächst an den Arbeiterausschuß zu wenden. Es kommt im übrigen auf die Arbeits- oder Fabrikordnung an, die das eventuell verbieten kann. — **Schlichtungsausschuß.** Der Schlichtungsausschuß für Berlin befindet sich im Metallarbeiterverbands-Bureau Linienstr. 83/85. — **Feldpost 75.** Einen Zeitpunkt dafür können wir Ihnen nicht angeben, eine solche Amnestie wird aber wahrscheinlich in der nächsten Zeit erlassen werden. — **J. G. 100.** Auch der Militärpflichtige verliert, wenn er Beiträge nicht weiter entrichtet, die Mitgliedschaft der Krankenkasse. Sie müssen Ihre freiwillige Mitgliedschaft bei der Krankenkasse der Zuschußkasse angeben. — **Tegel 323.** Wegen dieser Angelegenheit ist schon Anfrage bei der Regierung gehalten worden, verlangen Sie im übrigen die Zuschußzahlung bei der Kassenverwaltung, bei der Sie die Rente beziehen. — **H. B. 51.** Das Sicherheitsschloß gehört nicht zu den Mieträumen. Der Hauswirt braucht für Reparaturen nicht aufzukommen; er kann es entfernen lassen. — **S. S. 13.** Da dem Kinovorsteher keine Schuld trifft, so ist er zum Schadenersatz nicht verpflichtet.

Wasserstandsnachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde,
mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am		23. cm	24. cm	Wasserstand am		23. cm	24. cm
Memel	Tilsit	140	—	Saale	Grochlitz	152	130
Pregel	Insterburg	—32	—	Havel	Spandau	44	44
Weichsel	Thorn	72	—	„	Rathenow	12	12
Oder	Ratibor	175	—	Spree	Spremberg	140	—
„	Krossen	103	104	„	Beeskow	193	200
„	Frankfurt	115	120	Weser	Münden	235	—
Warthe	Schrimm	0	—	„	Minden	303	—
„	Landsberg	—16	—16	Rhein	Maximiliansau	306	—
Netze	Vordamm	—24	—23	„	Caub	193	—
Elbe	Leitmeritz	—21	—	„	Cöln	238	—
„	Dresden	—134	141	Neckar	Heilbronn	35	—
„	Barby	104	118	Main	Hanau	117	—
„	Magdeburg	85	90	Mosel	Trier	—	—

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Zunächst ziemlich mild, vorwiegend trübe, mit ziemlich zahlreichen, im Süden meist geringen, im Norden stärkeren Regenfällen, später ostwärts fortschreitende Aufheiterung und Abkühlung.

Bekanntmachung.

Marmelade.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:

1. **Auf Abschnitt Nr. 74 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfallen 200 Gramm, auf Abschnitt 75 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Marmelade.** Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt 1 Mark für das Pfund. Es kosten hiernach 200 Gramm 40 Pf. und 250 Gramm 50 Pf., also 450 Gramm 90 Pf. Eine Ueberschreitung des Höchstpreises ist strafbar.
2. Die Abschnitte 74 und 75 sind nur in den durch ein Aushängeschild: **„Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“** gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbescheinigung abzuliefern, und zwar am **Sonnabend, den 26., Montag, den 28., und Dienstag, den 29. Oktober 1918. Nachträgliche Anmeldung findet nicht statt.** Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, in denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Aushängeschild angebracht ist. Geschäften, die nicht im Besitze des Aushängeschildes sind, ist die Annahme von Kartenabschnitten verboten.
3. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte an einen der ihnen bekannt gegebenen Großhändler bis zum **31. Oktober** einschließlich abzuliefern.

Jeder **Kleinhändler muß, sobald die Ware zur Stelle ist, mit dem Verkauf beginnen und ihn durch Anschlag anzeigen.**

Da die Marmeladenfabriken häufig nicht in der Lage sind, die volle Menge auf einmal zu liefern, ist es möglich, daß in einzelnen Kleinhandelsgeschäften sich der Verkauf der Marmelade hinauszögert. **Auch bei einer solchen Verzögerung der Lieferung ist jedoch eine Nichtlieferung keinesfalls zu befürchten.**

Berlin, den 25. Oktober 1918.

Magistrat der Königlichen Haupt- u. Residenzstadt.
Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung.
Runge.

Groß. Pelz-Verkauf
Gegr. 1895. **J. Gottlieb,** Kürschnermeister. Tel. Mpl. 37.
jetzt **Kommandanten-Straße 23.**
Filiale: Rosenthalerstr. 13.
Damen-Pelzmäntel, von 1200 M. an, **Herren-Gehpelze** von 1200 M. an, in großer Auswahl.
Schulterkragen, Pelerinen, Weiß-Füchse, Kreuz- „, Alaska- „, Silber- „
Pelzwaren in allen Arten am Lager. Annahme von Umarbeitungen. 1491*

Pelzwaren bei **bequemer Zahlweise**
Bei Barzahlung auf vorgeschriebene Preise 10 Prozent Nachlaß.
Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.
Pelzwarenfabrik Kallis
Berlin NW 87, Tile-Wardenberg-Straße 11 nahe Bahnhof Tiergarten.
Tel. Moabit 7622/7623.

Aufklärung!
Hell leuchtende Armee-Ankeruhr 15 M.

Jede deutsche Uhr wird mit größter Sorgfalt hergestellt, und man lasse sich durch Phantasiepreise nicht irre führen u. glaube, wenn man für die gleiche Uhr einen höheren Preis abverlangt erhält, diese sei besser.
Millionen dieser Uhren haben sich im Felde glänzend bewährt und seit 10 Jahren ist es unser Grundsatz: „deutsche Uhren in der Welt voran zu setzen“. Beide deutsche Uhrenfabriken stellen genau wie früher alle ihre Uhren mit größter Sorgfalt her. Mit getragenen und neu aufgefrischten Uhren handeln wir nicht.
Deutschlands Uhren-Manufaktur Leo Frank,
Berlin C 19, Beuthstr. 4. Kein Laden!
Allererstes Spezialgeschäft deutscher Uhren.
Vorsicht auf Eingang achten, da Verwechselungen mögl.

Wir suchen Großabnehmer für
Weihnachtsbäume 1466*
1—3 M. Versand ab Holstein, auch a. Stamm in Waggonladungen.
F. Steldinger sen. & Co.,
Berlin W 30, Berchtesgadener Str. 35. Tel. Kurfürst 6360.

1. hies. Spezialgeschäft für Uhren.

17⁵⁰ M. Nachts leuchtende **Militär-Ankeruhr** 17⁵⁰ M.
Meine Militäruhren M. 17.50 haben einfache, präzise Konstruktion, sind praktisch u. zuverlässig im tägl. Gebrauch u. daher die beliebtesten Uhren für das große Publikum geworden; sie sind in allen Teilen der deutschen Armee und Kaiserl. Marine zur vollen Zufriedenheit im Gebrauch. Man lasse sich durch Anpreisung minderwertiger Serien nicht irre führen, solche sind heute nicht mehr mit Sorgfalt ausgeführt. Wer also eine wirklich gutgehende Uhr erstreben, auf die man sich unbedingt verlassen kann, verlange meine deutsche Militäruhr.
Meine Militär-Ankeruhren sind in Nickel 17.50 M., mit Goldrändern od. Stahlgehäuse 19.50 M. erhältlich.
E. Möbis, 14 Beuthstraße 14 (Verkauf nur im Laden)
Gegründet 1903.

Möbel-Beiser
Lothringer Straße 67
liefert auf **bequemste Teilzahlung** und gegen bar bürgerliche
Wohnungs-Einrichtungen
zu mäßigen Preisen und in allen Preislagen.
Große Auswahl komplett aufgestellter Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer in jeder gewünschten Holz- und Stilart.
Einzelmöbelstücke und farbige Küchen
Besichtigung erbeten, da lohnend.

Kunstanstalt
für feine Bromsilber-Vergrößerungen in modernem braunen Ton. 282/13*
Gemalte Porträts. — Einrahmungen.
Prospekt frei. — Weihnachtsaufträge bis 15. November erbeten!
H. Engelmohr, Berlin C, Neue Promenade 6, gegenüber Stadtbhf. Börse

Künstliche Zähne 30625*
mit echtem Parakautschuk, Goldkronen u. Brücken, Präzisionsarbeit. Rep. u. Umarbt. sof. Ueber 30 Jahre fachtätig. Keine Luxuspreise. Fernspr.: Moritzpl. 112 53.
Zahnpraxis Gräger, Prinzenstr. 66A, an der Dresdener Str.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten
Butter, Eier, Käse — P. H. Ackermann, 8 Filialen
Möbelhandlung — Joh. Pietsch Königsberger Straße 26/27
Photograph. Ateliers — Th. Wenzel Inh. G. Zeschke, Andreasstr. 38 a. Andreasplatz
Warenhäuser — Hamburger Warenhaus Max Flemming Alt-Stralau 11

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden
Drogen, Farben — Sonnendorf Neue Hochstr. 23
Fleisch- u. Wurstw. — Gelschmanns Centr. Wiesenstr. 154
Kolonialwaren — M. Saegebarth Strelitzer Str. 57
Möbelmagazine — Wiese & Co. Reinickendorfer Str. 87 Tischlermeister

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen
Bearbeitet v. Paul Hirsch, Landtagsabgeordneter
16. bis 20. Tausend.
Preis 40 Pf.
Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebene.
Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften. Kriegsversorgung. Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen. Kapitalabfindungs-Gesetz.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 und in den Ausgabestellen des Vorwärts.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege der Schlosser

Georg Erbe

Bornholmer Str. 72, am 23. Oktober gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Parochial-Kirchhofes, Vorhagener Chaussee, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Goldarbeiter

Fritz Künkel

Stalizer Str. 124, am 22. Oktober gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 28. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter

Walter Rautenstrauch

Kopenhagener Str. 75, am 23. Oktober gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. Oktober, in Heegermühle bei Eberswalde statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rohrleger

Georg Führer

Taborstr. 5, am 18. Oktober gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

120/6 Die Ortsverwaltung

Am Montag, den 21. Oktober, verstarb unser Mitglied

Helene Lambrecht

Tempelhof, Ringbahnstr. 18.

Die Einäscherung findet am Montag, den 28. Oktober, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. 801/14

Friede ihrer Asche!

Adlershof! Schöneberg!

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Anna Look

im blühenden Alter von 31 Jahren am 23. Okt. 1918 nach kurzer, aber schwerer Krankheit plötzlich verschieden ist. 99/8

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Okt., nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Adlershof aus statt.

Berichtigung. Die Beerdigung des Schriftsetzers 8726b **Ernst Bertram** findet heute nachm. 3½ Uhr von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes (Nordend) aus statt.

Vielen Dank

für die stille Teilnahme und Kranzspenden sage ich allen Verwandten und Bekannten.

Der trauernde Gatte

Gustav Müller.

Spezialarzt

Dr. med. Haedicke
Haut-, Harn-, Geschlechtsl. Blutuntersuchg. Friedrichstr. 167-168 (a. d. Mohrenstraße, Untergrdb.) 11-1, 5-7, Stg. 11-1.

Norddeutsches Patentbureau.
Akt. Bureau Berl., Friedrichst. 9

Erfinder.

Rat f. Verwertung und Anmeldung kostenlos. Wir verkauften auf unserem Bureau kürzlich die Patente zur Gewinnung von Treibölen für

1500000 M.

9—5. Sonntags 10—1.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Zentrale: **Lichtenberg**, Rittergutstr. 16—26.

Dienstag, den 29. Oktober 1918, abends 8 Uhr, im „Lehrer-Vereinshaus", Alexanderstr. 41:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrats.
2. Entlastung des Vorstandes.
3. Genehmigung der Bilanz.
4. Verteilung des Reingewinns.
5. a) Wahl von sechs Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von Ersatzpersonen.
6. Aenderung des § 5 des Statuts (betr. Erhöhung des Geschäftsanteils von 30 M. auf 60 M.).
7. Anträge.

105(1*

Zu Punkt 7 Antrag des Genossen Rietz: 1. Der feste Rabatt von 3 Proz. ist dem Produktionsfonds zu überweisen. 2. Kündigung eines Vorstandsmitgliedes. 3. Antrag an die Generalversammlung der G.-E.-G. betreffs Kündigung eines Geschäftsführers.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Der Vorstand. E. Junger. O. Schultze. W. Lamm. A. Mirus. F. Müller.
Der Aufsichtsrat. J. A.: F. Güttler.

Der Eintritt kann nur den eingetragenen Mitgliedern gegen Vorzeigung der braunen Legitimationskarte gestattet werden.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler. (Ersatzkasse.)

Sonntag, den 27. Oktober 1918, vormittags 10½ Uhr:

Mitglieder-Versammlungen.

Bezirk A: Gewerkschaftshaus, Saal 9.
„ B: Restaurant Ehlert, Kottbuser Str. 19.
„ C: „ Schulz, Mariendorfer Str. 5.
„ D: „ Hummel, Sophienstr. 5.

Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht vom 2. u. 3. Quartal 1918. 3. Neuwahlen des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 10/7

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter

Geschäftsstelle: C 54, Mulackstr. 16. — Verwaltungsstelle Berlin. — Fernsprecher: Amt Norden, 4518.

Geöffnet vorm. von 9—1 Uhr, nachm. von 6½—8 Uhr. Sonn- u. Feiertags den ganzen Tag u. Sonnabend nachmittags von 1 Uhr an geschlossen.

Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 2 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1918.
2. Verbandsangelegenheiten.

Eintritt nur gegen Buch oder Karte!

Kollegen und Kolleginnen! Versäume niemand diese Versammlung. Ob in der Mühle, Brauerei oder Bierniederlage beschäftigt, alle müssen da sein.

42/10 **Die Ortsverwaltung.**

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden. Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36. Bahnhof Alexanderpl.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.

Spezialarzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 Strecke am Stadtbahnh.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. chron. Fälle. Schmerzlose, ... Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise, Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor. Sprechst. 11-1, 5-7
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden. Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.

Spezialarzt

Dr. med. Kreben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutuntersuch. Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, a. Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Spezialarzt

Dr. med. Coleman
Friedrich-Straße 61/62, an der Dorotheenstr. Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden. Sex. Neurasthenie. Kurze Behandlg. ohne Berufsstörung. Teilz. Harn- u. Blutuntersuchungen. Sprechst. 10-1, 5-8. Sonntags 10-1. Tel. Zentrum 8879. (178L*

Möbel-Gross

Im Osten: Gr. Frankfurter Straße 141
Im Norden: Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße

500 Mark Anzahlung

genügen zum Kauf einer

kompl. Wohnungseinrichtung.

Bei Barzahlung Preisermäßigung.

Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen, Kriegsgetraute erhalten **besonders günstige Bedingungen** und **Preisermäßigung.**

Einzel-Möbel, bunte Küchen

in großer Auswahl.

Lieferung auch nach **auswärts.**

Kriegsanleihe und Spareinlagen nehme in Zahlung.

Hoffende Frauen erhalten aufklärenden Prospekt kostenlos (eingeschrieben und verschlossen) gegen Einsendung von 35 Pf. für Porto) durch die

Deutsche Handelsgesellschaft für Wohlfahrt und Gesundheitspflege
Hamburg 40. Amolposthof.

Abgekürzte Briefadresse „Dhag", Amolposthof, Hamburg. 229/7*

Die herrlichsten Schöpfungen!!

Modelle!!

Ich bitte meine Auslagen in Augenschein zu nehmen!

Echte Pelzmäntel aus Maulwurf . . . . 4000,— Mark (Modelle)
„ „ Seal Electric . . . . . . 1900,— „ „
Seidenplüschmäntel mit breiten Pelzbesätzen . . 2400,— „ „
„ „ glatt . . . . Mark 600— bis 1500,— „ „
Kostüme aus reinwoll. Cheviot . . 345,— . 1200,— „ „
Dicke, gediegene Ulster, welche mollige Stoffe.

Zu mässigen Tagespreisen!!

Pelzgefütterte Mäntel, Jacken, Phantasiemäntel, das Eleganteste, welches die Mode erzeugt, in großer Auswahl!!!

Impr. Seidenmäntel, Sommerkostüme aus Seide.

Westmann,

1. Geschäft Berlin W. **Mohrenstraße 37a.**
2. Geschäft Berlin SO. **Gr. Frankfurter Straße 115**

Sonntags geschlossen.

Krömer's alkoholfreie

Glühpunsche und Kaiserpunsche

werden von jetzt an laut Verordnung der Ersatzmittelstelle unter der Bezeichnung

Alkoholfreies **Heißgetränk** mit Glühpunschähnlichem Aroma

Liter 3,00 M.

Alkoholfreies **Heißgetränk** mit Kaiserpunschähnlichem Aroma

Liter 3,20 M. verkauft.

Preise verstehen sich inkl. Steuer!
1 Teil Extrakt, 2 Teile siedendes Wasser ergeben ein köstliches, süßes Getränk.

Kein Zucker erforderlich!

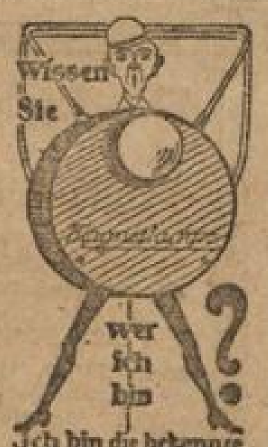
Die Extrakte sind unter Verwendung von Wein hergestellt.
Ein Glas **Heißgetränk** stellt sich auf kaum 10 Pfennige.
Das tägliche Getränk in jedem Haushalt!
Es wird höflichst gebeten, möglichst Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen.

H. Krömer, Berlin N 24. Oranienburger Str. 66.

2. Verkaufsstelle: Reinickendorfer Straße 109.
3. „ Andreasstr. 78.
4. „ **Neukölln,** Berliner Str. 74.
5. „ **Nowawes,** Lindenstr. 7.
6. „ **Friedrichshagen,** Friedrichstr. 105.

Versand nach außerhalb in Korbflaschen von 3, 5, 10 und 25 Litern.
Korbflaschen werden zum berechneten Preise franko zurückgenommen.

Fernruf: Norden 9249.



Ich bin die bekannte
Magner Lampe
die ohne Batterie brennt
(Ich leuchte - sobald an der Kerze gezogen wird.)
Für 20 Mk. bin ich zu haben,
Schreiben Sie nur an
Alfred Kraus
Berlin NO 55
Lippehner-Str. 8

Möbel-Cohn

Im Osten Gr. Frankfurter Str. 58
Im Norden: Badstrasse 47-48

Möbel auf Kredit

an jedermann.

Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.

Spezialität:

1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
einzelne Möbel, farbige Küchen.

Grosse Auswahl

komplett aufgestellter Schlaf-, Wohn- und Speisezimmer.

Riesen-Auswahl — Billigste Preise

Sehr kulante Bedingungen und größte Rücksichtnahme.

Lieferung frei Haus.

Liefere auch nach auswärts.

Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 2 mal wöchentlich. — Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln, Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 29, sämtliche Bäder.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.

Bandagen, Gummiw.
R. Bauke, Stralauer Str. 56.
A. E. Lange, Brunnenstr. 162

Herde, Plätte, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 51.
Kühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest.

Essigfabriken
Timmer-Essig
Überall erhältlich!

Bierbrauerei., Niederlage.
Brauerei Bötzow empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel, 25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns, 48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R., 43 Verkaufsstellen 43
August Holtz, 13 Detail-Geschäfte.

Fleisch- u. Wurstw.
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 34.

Schuhhandlungen
Bethke, Georg, Hasenheide-straße 44. Neukölln, Ziethenstr. 31, Kaiser-Friedr.-Str. 44, Wasserstr. 135, Friedelstr. 33. Treptow, [illegible]-Straße 41.

Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg

Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97, Tel. Kgst. 3061, 3063

Herren- u. Knabengard.
J. Baer, Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Voster, E., Kottbuser-Damm 1613

Photogr. Apparate
M. Albrecht, SO, Kottbuser Str. 1, auch Gelegenheitskäuf.

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Beling, 40 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co., Act.-Ges., ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Fleisch- u. Wurstwar.
Paul Müller, Friesenstr. 22.

Kolonialw.
Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97

Uhren, Goldwaren
E. Fenske, Kottbus. Damm [illegible]. Streng reell, anerkannt bill.

Neukölln
C. Dittmann, Berlinerstr. 43. Wild — Geflügel — Fische.

In Freien Stunden

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Das Heft 15 Pf

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Gelegenheitskäufe
Alfred Fleischer, Alt-Moab. 110.

Spandau
Paul Gaege, Mehl und Kolonialw., Breitestr. 57, Schönwalderstr. 17/14, Pichelsdorferstr. 12.

Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck, Eisenwar., Schönwalderst. 97
A. Markgraf, [illegible]
[illegible]
Ad. Tornow, Goldschmiedemst., Markt 10, gegr. 1853.

Automobil- u. Motorenschlosser

verlangt **Flugzeugteilbau Hans Loewenstein,** Baumschulenweg, Kiefholzstr. 177/78.

Die Frauen und der Friede.

Uns geht folgender Aufruf zu:

Angesichts der bangen Frage, die jetzt alle Köpfe und Herzen bewegt: **Bringt uns die nächste Zeit das Ende des schrecklichen Mordens?**, halten es die sozialdemokratischen Frauen Groß-Berlins für ihre Pflicht, den Reichstag und die Regierung nicht im Zweifel über die Stimmung der Frauen in der Arbeiterschaft zu lassen.

Wohl wissen wir alle, daß die neue Mehrheitsregierung und besonders ihre sozialdemokratischen Mitglieder es als ihre ernsteste Aufgabe ansehen, dem Lande den Frieden zu bringen. Noch aber gibt es eine starke Richtung im Lande, die in Furcht vor harten Forderungen gegnerischer Machtpolitiker die letzten Menschenkräfte einsetzen, dem Volke die letzten schwersten Entbehrungen zumuten möchte, um den Zusammenbruch aufzuhalten. Bei dem Umfang dieser Propaganda könnte die Meinung entstehen, als ob auch die Arbeiterschaft auf diesem Boden stände.

Die Arbeiterschaft wird heute zum großen Teil durch Frauen repräsentiert.

Diese Arbeiterfrauen haben einen ungeheuren Teil der Kriegslasten getragen, sie haben es durch ihre Arbeit überhaupt erst möglich gemacht, das Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten und den Krieg zu führen.

Sie betrachten es nicht als eine Ehrlosigkeit, wenn das deutsche Volk nach vier Jahren heldenmütigen Kampfes jetzt offen und frei erklärt: „Wir sind besiegt." Sie würden es aber nie und nimmer verstehen, wenn um des Scheines willen noch mehr kostbares Blut vergossen werden sollte.

In Berücksichtigung der Tatsache, daß die Kriegslage in der Zukunft für uns nicht mehr günstiger werden kann, daß der Kampf nur noch unmenschlicher und furchtbarer würde, um schließlich zu noch schlimmerem Ende zu führen, halten es die deutschen Arbeiterfrauen im Interesse des Vaterlandes für geboten den sofortigen Frieden zu schließen.

Sie halten es für die Ehrenpflicht des deutschen Volkes, seine inneren Verhältnisse so zu gestalten, daß der deutsche Name die Achtung in der Welt genießt, die einem freien tüchtigen Volke gebührt.

Wie die männlichen Arbeiter, so begreifen auch die denkenden Frauen im Proletariat, daß uns der Friede jetzt trotz aller notwendigen Opfer eine bessere Zukunft brächte, daß er uns ein demokratischeres Land bewahrte, ein Land, in dem wir alle in Freiheit weiterschaffen können, bis wir für unsere Kinder ein menschenwürdiges Dasein errungen haben.

Dazu brauchen wir den Frieden!

Und deshalb fordern wir den Frieden und werden uns jedem Versuch entgegensetzen, ihn hinauszuzögern.

Im Auftrag der weiblichen Parteifunktionäre Groß-Berlins:

Elfriede Kunel. Clara Bohm-Schuch. Wally Zepler.

Genossenschaftstag in Stuttgart.

Zum ersten Male seit Kriegsausbruch sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften am 12. d. M. in Stuttgart zu einer Tagung zusammengetreten. Aus den Verhandlungen greifen wir nur heraus, soweit sie die Arbeiterschaft näher angehen.

Der Geschäftsberichte ergab, daß über 32 000 Unfallrentner im Felde stehen, darunter rund 400, die eine Rente über 50 Proz. beziehen, also im Sinne der Unfallversicherung als halb erwerbsunfähig gelten. Behauptet wurde, auch nicht eine Berufsgenossenschaft habe den Versuch gemacht, die Rente der eingezogenen Verletzten einzustellen; auch seien Rentenkürzungen wegen eingetretener Besserung nur ganz vereinzelt vorgenommen. Dabei ist aber der Berichterstatter falsch unterrichtet gewesen. Es gibt Berufsgenossenschaften, die trotz der Schwierigkeiten, die die Einziehung der Verletzten mit sich bringen, ganz minder darauflos kürzen. Es sind Fälle bekannt, wo sogar Gefangenen, bei denen doch eine Nachuntersuchung gar nicht möglich ist, die Rente gekürzt worden ist. Der gleich bei Kriegsausbruch herausgegebene Erlaß des Reichsversicherungsamts, Rentenkürzungen zu unterlassen und überflüssige Prozesse zu vermeiden, ist längst in das Reich der Vergessenheit hinabgesunken. Daß um lumpige 5 Proz. Rente die Berufsgenossenschaften Entscheidungen der höchsten Instanz herbeiführen, gehört keineswegs zu den Seltenheiten. Berichtet wurde weiter, das Heilverfahren sei den Genossenschaften durch Mangel an Aerzten und Verbandstoffen sehr erschwert, doch habe das Reichsversicherungsamt durch seine Vermittlung bei den maßgebenden Stellen wirksame Abhilfe geschaffen. Die Leistungen der Genossenschaften seien durch die Lohnsteigerungen und ferner durch die wegen der allgemeinen Teuerung vorgeschriebenen Zulagen zu den alten Renten ungemein in die Höhe gegangen. Nun, diesen Leistungen entsprechen doch auch erhöhte Einnahmen. Was die Rentenzuschüsse anbetrifft, so kommen sie doch nur einem beschränkten Teil der Verletzten zugute, und die hohen Renten, stehen sie wirklich im Einklang mit dem Verdienst? Der Umstand, daß nur 1800 M. des Verdienstes voll, der darüber hinausgehende Teil mit einem Drittel angerechnet wird, führt gerade jetzt ein gewaltiges Mißverhältnis zwischen Lohn und Rente herbei, zumal der so ermittelte Betrag auch nur zu zwei Drittel angerechnet wird. Ein Arbeiter, der 15 M. täglich verdient, erhält als Vollrente täglich 6 M., da 2700 M. seines Jahresarbeitsverdienstes bei der Rentenberechnung ausfallen.

An den bisherigen 8 Kriegsanleihen haben sich die Berufsgenossenschaften insgesamt mit 389 Millionen Mark beteiligt, das ist fast so viel, wie deren ganzes Vermögen beträgt. Die Tiefbauberufsgenossenschaft allein hat 78 Millionen Mark übernommen.

Bei der Besprechung sprach Direktor Dr. Bassenge vom Reichsversicherungsamt den Wunsch aus, das Heilverfahren möglichst schon vor Ablauf der 13. Woche nach dem Unfall, dem gesetzlichen Beginne der berufsgenossenschaftlichen Pflicht, zu übernehmen, und begrüßte die Aeußerung, daß die Genossenschaften sich für die Arbeitsvermittlung verwenden wollten. Ein Vertreter der Seeberufsgenossenschaft in Hamburg berichtet, daß letztere auch bei der Rentenfestsetzung Arbeitervertreter zuziehe und damit keine schlechten Erfahrungen gemacht habe.

Viele interessante Einzelheiten ergab die Erörterung, inwieweit der Krieg die Unfallversicherung ausgedehnt und andererseits eingeschränkt habe. Bekanntlich sind die Soldaten mit dem Eintritt ins Heer versicherungsfrei geworden, sie treten aber wieder in die Versicherung ein, wenn sie beurlaubt sind und eine versicherungspflichtige Beschäftigung übernehmen. Soldaten, die zu solcher Beschäftigung „kommandiert" sind, unterliegen der militärischen Fürsorge. Bei dieser Gelegenheit wurde getadelt, daß von den Betriebsunternehmungen Verpflichtungsscheine, sogenannte Reverse, verlangt werden, wonach sie für die Entschädigung bei Verletzungen aufzukommen haben. Daß eine Rentenzahlung an feindliche Ausländer nicht erfolgt, wenn diese sich im Auslande aufhalten, ist selbstverständlich; daß unsere Genossenschaften aber die Renten zahlen sollen, wenn die Ausländer, z. B. die Italiener, sich im Deutschen Reiche aufhalten, wurde als zu weitgehende deutsche Gutmütigkeit gerügt, die uns nicht nur keinen Dank einbringe, sondern wohl gar Hohn. (!!) Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Vergiftungen durch aromatische Nitroverbindungen, also durch eine Berufskrankheit — inzwischen ist eine weitere Ausdehnung erfolgt —, hat zur Anmeldung von 43 Fällen und zur Entschädigung von 34 Todesfällen geführt.

Interessante Auseinandersetzungen brachte auch die Besprechung der vom Reichsversicherungsamt befürworteten Anregung, Arbeiter als Aufsichtsbeamten einzustellen. Das wurde als undurchführbar bezeichnet und namentlich darauf hingewiesen, daß der Staat es ja auch nicht tue. Hier wird den Berufsgenossenschaften nichts anderes übrig bleiben, als gehörig umzulernen. Der Anfang ist ja auch schon gemacht. Bereits haben sich die Textilberufsgenossenschaften und auch die Steinbruchsberufsgenossenschaft grundsätzlich zur Einstellung von Arbeitern als Aufsichtsbeamte bereit erklärt. Wir sind überzeugt, daß die anderen bald folgen werden müssen. Das, was dem Arbeiter, der in der Praxis die Vorbedingungen zu seinem Amte erhielt, etwa noch fehlt, ist rasch durch geeignete Kurse nachzuholen. Man lege nur die Scheu vor dem Arbeiter ab, es wird dann ganz vorzüglich gehen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Besprechung, inwieweit die Erfahrungen bei der ärztlichen Behandlung der verwundeten Krieger nutzbar für die Unfallverletzten gemacht werden könnten. Der Berichterstatter betonte stark den Wert der frühzeitigen Einleitung des Heilverfahrens und empfahl den Genossenschaften im erweiterten Maße ein Zusammengehen mit den Einrichtungen des Roten Kreuzes. Schließlich empfahl er auch Berufsberatung und Arbeitsvermittlung nach dem Muster der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Industrie und Handel.

Die Börse.

Die Festigkeit der Börse dauert an, obwohl die Wilson-Note und die Ereignisse in Oesterreich-Ungarn eigentlich keinen rechten Grund für diese Haltung bieten. Besonders fest war wieder der Kassamarkt, und von ihm aus erhielt auch der erst etwas schwächere Markt der beweglichen notierten Werte neue Anregungen.

Trotzdem zeigt der Kurszettel noch starke Spuren der vorausgegangenen Krise. Die Kursstreichungen sind recht häufig, wenn auch ihre Zahl gegen früher erheblich gesunken ist. Es finden sogar Kursstreichungen statt, weil jetzt hervortretende Nachfrage kein passendes Angebot gegenübersteht. So wurden Donnerstag und Freitag Vogtländische Maschinen gestrichen, die einen glänzenden Abschluß gebracht haben, und gestern auch Vogtländische Tüll.

Es wird glänzend weiterverdient.

Der Abschluß der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann Aktiengesellschaft in Chemnitz weist einschließlich des letztjährigen Vortrages einen Rohgewinn von 7 846 849 M. (i. V. 4 989 875 M.) auf. Nach Absetzung der ordentlichen Abschreibungen von 807 850 M. (i. V. 754 671 M.) verbleibt ein Reingewinn von 7 038 499 M. (i. V. 3 595 203 M.), aus dem eine Dividende von 15 Proz. verteilt wird.

Das Aufkommen von Großbetrieben in Sachsen.

Der Kriegsbericht der sächsischen Gewerbeinspektoren zeigt, daß der Krieg eine sehr große Anzahl von Industriebetrieben stillgelegt hat. Ihre Zahl sank von 85 937 im Mai 1914 auf 24 671 am 1. Mai 1917, somit um 11 166 Betriebe, die Zahl der Arbeiter aber von 851 612 auf 647 506. Die Zahl der Betriebe hat sich also verhältnismäßig weit stärker vermindert als die Arbeiterzahl, nämlich um 81,1 Proz. gegen 23,9 Proz. Es entfallen demnach durchschnittlich auf einen Betrieb 26,1 Arbeiter im Jahre 1917 gegen nur 20,9 im Jahre 1914. Teilweise ist sicher diese Erscheinung darauf zurückzuführen, daß die Stillegung in erster Linie Kleinbetriebe betroffen hat. Die Mehrzahl dürfte jetzt bereits von den mit Kriegslieferung beglückten Großbetrieben aufgesogen sein und in der alten Weise überhaupt nicht mehr erstehen. So bekunden die Berichte der sächsischen Gewerbeinspektoren ohne jede Absicht auch eine große Zusammenziehung der Industriebetriebe. Daß diese Entwicklung besonders durch die Kriegslieferungen hervorgerufen wurde, ergibt sich daraus, daß die angedeutete Umwälzung sich am schärfsten in den Industriezweigen zeigt, die die meisten Kriegslieferungen haben. Vor allem gilt das von der Metallindustrie. Hier hat die Arbeiterzahl nicht abgenommen, sondern sich sogar von 205 165 auf 241 277 erhöht. Das ist eine Vermehrung um rund 3 Proz., während im Landesdurchschnitt eine Abnahme von 23,9 Proz. zu verzeichnen ist. Dagegen haben sich auch in der Metallindustrie die Betriebe fast um 1000 vermindert. Es entfielen daher 1914 auf eine Fabrik in der Metallindustrie 36,8 Arbeiter, 1917 aber 51,7. Aehnlich liegen die Verhältnisse in der chemischen Industrie, in der sogar beinahe eine Verdoppelung der Belegschaften eingetreten ist. Dagegen war eine gleiche Entwicklung in der Holzindustrie, wo die Kriegslieferungen nicht so vorherrschen, nicht festzustellen. Aus den Zahlen ist klar zu ersehen, daß der Krieg auch in Sachsen, dem Hochsitz der kleineren und mittleren Industriebetriebe, umwälzend gewirkt und die schon seit längerer Zeit eingesetzte Entwicklung zur Zusammenziehung der Betriebe wesentlich beschleunigt hat.

Notizen.

— **Theaterchronik.** Die Reinhardt-Bühnen bereiten zurzeit eine Reihe Uraufführungen vor, darunter Richard Beer-Hofmanns Schauspiel „Jakobs Traum", „Verführung" von Paul Kornfeld und „Der Sturz des Apostel Paulus" von Rolf Lauckner und Georg Kaisers „Brand im Opernhaus".

— **Charles Lecocq**, der französische Operettenkomponist, der in den siebziger Jahren mit seiner „Madame Angôt" und mit „Girofle-Girofla" auch in Deutschland ein „groß Publikum" fand, ist in Paris 86 Jahre alt gestorben.

— **Tolstoi zum Gedächtnis.** Laut Verordnung des russischen Volkskommissariats für Verkehrswesen wird die Station Astapowo der Rjasano-Ural-Eisenbahn vom 25. Oktober 1918 ab den Namen Leo Tolstoi tragen, zum Andenken an den großen Dichter, der die letzten Tage seines Lebens dort zubrachte.

Lodz.

124]

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

„Herr Wysocki, helfen Sie mir doch, die Juden zu verteidigen und speziell Fräulein Grünspan. Herr Borowiecki will es nicht, er meint, sie habe es nicht nötig."

„Ich kann nur das bestätigen. Mela . . . Fräulein Grünspan braucht keine Verteidigung. Das wäre gerade so, als ob ich die Sonne in Schutz nehmen wollte vor dem Vorwurf, daß sie zu sehr leuchtet und wärmt."

Jetzt beteiligten sich alle am Gespräch, bis Justu Jaskulski sie unterbrach. Verweint und verschüchtert stammelte er, Frau Baum sei sehr krank, Max habe ihm aufgetragen, Herrn Wysocki herbeizuholen, und er hätte ihn schon in der ganzen Stadt gesucht.

„Ich komme sofort! Gute Nacht, meine Herrschaften!"

„Auch für mich wird es Zeit," sagte Nina.

„Es ist so schön draußen, ich begleite Sie," rief Anka. „Kommt Herr Karl mit?"

„Was Fräulein Grünspan anlangt," rief der Doktor, der schon den Mantel an hatte, aus seinem Arbeitszimmer, „Schonen Sie sie, bitte meine Herrschaften. Schon aus dem Grund, weil sie meine Frau wird."

Die Mutter schnellte heftig aus dem Fauteuil empor. Wysocki beachtete es aber nicht und ging rasch zu Baums.

* * *

Als Max auf die Nachricht, die ihm Justu Jaskulski überbracht hatte, von Trawinskis herausgestürzt und nach Hause gekommen war, verlor Frau Baum schon jeden Augenblick das Bewußtsein. Die Dämmerung der Abendröte füllte das große Zimmer und hüllte alles in rötliche Nebel, in denen das Gesicht der Sterbenden erstarrte und sich mit tödlicher Blässe überzog. Ihre Augen versanken in den Wüsten des Firmaments.

Eine einzige Totenkerze, die sie krampfhaft in der Hand preßte, ließ auf dem ruhigen, mit den Tauperlen des Sterbens benetzten Gesicht trübe, goldige Schimmer aufflackern.

Frau Auguste kniete am Kopfende des Bettes und betete halblaut, unter Tränen.

Der alte Baum saß am Rand des Bettes. Sein Gesicht war kalt und versteinert. Die von Tränen brennenden Augen ruhten auf seiner Frau. Kein Muskel zuckte in seinem Gesicht, keine Träne rollte unter den geröteten Lidern hervor. Scheinbar ruhig saß er da, in den Stuhl gelehnt, und preßte ihn so fest, daß in dem harten Holz tiefe Spuren seiner Nägel zu sehen waren. Als er Max erblickte, erhob er die Augen und folgte der Bewegung, mit der jener ans Bett der Mutter stürzte.

„Mutter! Mutter!" rief Max von Schrecken gepackt, und berührte die an die Totenkerze sich klammernde Hand.

Frau Baum atmete langsam und tief, sehr tief. In den gläsernen, hervorstehenden Augen spielten die Reflexe der Abendröte wie auf einer Wasserfläche. Die rechte Hand strich unwillkürlich über die Decke, als ob sie den Strickstrumpf suchte, der bis zur Wand gerollt war und jetzt mit den Nadeln wie ein Stahlflügel glänzte.

Die Dienstboten und die Köchin, die in der Dämmerung des Zimmers knieten, brachen in lautes Weinen aus.

„Mutter!" rief Max stöhnend. Wehmut krampfte ihm die Seele zusammen, er brach in Tränen aus.

Als ob sie das Bewußtsein wiedererlangt hätte, wandte die Kranke den Kopf zu Max und heftete die gläsernen Blicke auf sein Gesicht; die Totenkerze entglitt ihrer Hand. Sie ergriff mit dieser erstarrten Hand die Hand des Sohnes und hielt sie fest. Ueber die bleichen Lippen huschte das Lächeln einer letzten Freude. Sie bewegte sie, aber kein Laut drang hervor, nur der heisere, röchelnde Atem.

Allmählich erstarrte das Lächeln. Den Kopf zum Fenster wendend, versank sie mit den gebrochenen Augen in der Abenddämmerung, in den letzten Splittern der Abendröte, die wie Kupferstreifen am grauen Himmel dahinflossen und langsam verlöschten.

Ein Windzug ging durch den Garten und bog die niedrigen Fliederbüsche gegen das Fenster.

Das Gesicht der Kranken erstarrte immer mehr, der Unterkiefer sank immer tiefer herab.

Gleich nach seiner Ankunft ließ Max, obwohl er wußte, daß es zu Ende ging, Wysocki suchen, wartete auf ihn mit der größten Ungeduld und horchte immer wieder voll Entsetzen, ob die Mutter noch lebte; sie lebte noch, aber bloß in Reflexbewegungen. Ein leises Stöhnen drang manchmal aus ihrer Brust, sie bewegte die Lippen, bewegte unwillkürlich die steifen Finger und lag wieder ganze Stunden regungslos, mit weit aufgerissenen Augen, die in der Nacht des Todes und in der Nacht, die über die Erde hereingebrochen war, versanken.

Endlich kam Wysocki und kurz nach ihm Borowiecki. Der Arzt konnte aber bloß noch feststellen, daß Frau Baum vor einer Weile gestorben war.

Max vergrub sein Gesicht in die Decke und weinte wie ein Kind. Der alte Baum stand steif auf, beugte sich über die Tote, berührte ihre Stirne und die kalten Hände, schaute tief — zum letztenmal — in die offenen Augen, die gleichsam verwundert in die Tiefen der Ewigkeit untertauchten, schloß ihr mit zitternden Händen die Lider und ging sehr langsam hinaus, sich immer wieder umschauend und stehenbleibend.

Erst in dem leeren und dunklen Kontor ließ er sich auf einem Ballen Tücher nieder und saß lange, ohne Regung und ohne Gedanken.

Die Nacht war schon tief herabgesunken, als er erwachte. In der Ferne zitterten die Sterne wie leuchtender Tau. In großer Stille schlief die Stadt. Bloß aus den Häusern hinter der Stadt drangen die Klänge einer Harmonika herüber.

Baum erhob sich und durchschritt langsam die ganze Wohnung, die in Schweigen und Finsternis gehüllt war.

In dem mit einer Gasflamme erhellten Laden stieß er auf Justu Jaskulski. Er schlief auf den Warenballen. Ohne ihn zu wecken, ging Baum weiter durch die Flucht der leeren, einsamen Zimmer. Die Todesstille hatte ihre Finger über das ganze Haus gebreitet. Im Eßzimmer erblickte er Max, auf einem Sofa schlafend. Er lag im Frack und weißer Binde, so wie er von Trawinskis gekommen war.

Vor dem Zimmer seiner Frau zögerte Baum eine Weile, ging aber doch hinein.

Das Bett war in der Mitte des Zimmers vorgeschoben. Die Tote war mit einem Leinentuch bedeckt, durch das sich die Gesichtslinien unklar abzeichneten.

Einige Wachskerzen brannten auf dem Tisch, einige Arbeiterinnen beteten und sangen Totenlieder.

Frau Auguste schlummerte auf dem Sofa, beide Katzen eng umschlingend.

In dem offenen Fenster wölbte der Wind die herabgelassenen Stores und bewegte die Vorhänge.

Lange schaute Baum auf dieses Bild, als ob er es sich für immer ins Gedächtnis eingraben wollte, oder als ob er es nicht verstünde. Denn plötzlich trat er in sein Zimmer zurück, nahm eine kleine brennende Benzinlampe und ging in die Fabrik.

(Forts. folgt.)

Zur Aufklärung für Brillenbedürftige!

Augengläser sind notwendige Hilfsmittel für schlechtsehende Augen und müssen daher sachkundig angepaßt werden. — Brillenbedürftigen und Gläsertragenden wird der Hinweis auf die allbekannte 1857 begründete Optiker Kloß' Optische Anstalt dienlich sein. Die Firma hat billigste Preise, die auch dem Ärmsten erschwinglich sind. Auch bürgt ihr guter Ruf für fachmännische und zufriedenstellende Bedienung. Optiker Kloß' Kneifer und Brillen sind bestens bekannt. Zur Bequemlichkeit der verehrlichen Kundschaft ist die Einrichtung getroffen, daß eine Umtauschfrist von 4 Wochen gewährt wird und verbürgt dies jedem den Erwerb eines Augenglases, von welchem er auch wirklich praktischen Nutzen hat. Wer noch nie ein gutsitzendes Augenglas erhielt, der mache mit Optiker Kloß' Orthokneifer einen praktischen Versuch. Man beachte aber die genaue Adresse und Firma: **Optiker Kloß, Frankfurter Allee 21, zweites Haus von Ecke Boxhagener Straße.** Fahrgelegenheit: Linien 26, 68, 69, 70, 71, 76, 78, 79, 165.

Verkäufe

Teppichverkauf, Diwandecken, Tüllbettdecken, Tischdecken, Steppdecken, Federbetten, Portieren, Stores, Läufer, allerhand Wirtschaftssachen preiswert. Herzig, Zehdenickerstraße 15 (Rosenthaler Tor). 191K*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Riesenauswahl! Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 181K*

Pelzgarnituren! Pfandleihhaus, Schönhauser Allee 115 (Ring-, Hochbahnhof). Groß-Berlins spottbilligste Einkaufsquelle! Skunkskragen, Alaskafüchse, Rotfüchse, Blaufüchse, Kreuzfüchse! Sommerpreise! Uhrenlager! Silbertaschen! Bequemste Fahrverbindung! Fahrvergütung! 86K*

Holzräder aller Größen, Leiterwagen, eigenes Fabrikat, billig. Weidlich, Brunnenstraße 96. 107K*

Gesjahn. Die hygienische Forderung. Ein Buch über gesundheitsmäßige Lebensführung. (Blaue Bücher.) Preis 2,— Mk. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3. Laden.

Pelzgarnituren! Riesenauswahl! Allerbilligst! Hochelegante moderne Fuchskragen! Alaskafüchse! Blaufüchse! Silberfüchse! Rotfüchse! Kitfüchse! Skunkskragen! Nerzgarnituren! Muffen! Silbertaschen! Uhrenverkauf! Leihhaus! Warschauerstr. 7.

Bäckerhandwagen, jede Größe, Kastenwagen, starke Eisenreifen, gute Holzarbeit, Holzräder, Auswahl. Schmiede, Landsbergerstraße 19. 76K*

Alaskagarnitur, Rotfuchs, Fuchskragen 65, Garnitur 95. Kitzner, Urbanstraße 46, parterre. 36625*

Skunksstola, Muffen, Marder, Nerz, Alaska-, Blau- und Kreuzfüchse, Herren-Schwalbe, Wagen-, Reisepelze, Herren-Sportpelze, jetzt sehr billig. — Ferner im Lombard gewesene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen, bekannt billig. Beleihung jeder Wertsache im Leihhaus Moritzplatz 58a. K190/1

Schule des Werkzeugmachers von Fritz Schön sowie andere technische Bücher empfiehlt Vorwärts-Sortiment-Buchhandlung, Lindenstraße 3 (Laden). 6,85 Mark. *

Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie Pelzkragen, Muffen, Skunks, Nerz, Alaska, Blaufüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silbertaschen, Alpakatäschen, neue Herrengarderobe. 140K*

Pelzwaren, große Auswahl in Alaska-, Blau-, Silber-, Rot-, Kreuz- und Fehfüchsen von 75 Mark an, sowie Skunks, auch Kanin usw. von 30 Mark an. Glück, Flensburgerstr. 19a, 1. Etage, Ecke Lessingstraße (im Hause Dresdner Bank), Stadtbahn Bellevue. 89K*

Briefmarken verkauft billig Kehler, Lausitzerstraße 52. 106K*

Brillanten, Uhren, Ringe, Medaillons, Halsketten, Uhrketten, Armbänder, Manschettenknöpfe, Nadeln, Elfenbeinbroschen und Kolliers, Silberbörsen, Alpakktaschen, Zigarettendosen, Theatergläser und viele andere Gelegenheitskäufe, auch in Pelzwaren, sehr preiswert. Wegnerleihhaus, Potsdamerstraße 43. 106K*

Pelzgarnituren! Alaskafüchse, Rotfüchse, Pelzkragen, schwarz, grau, 67,50. Muffen 67,50, Damenuhren, Herrenuhren, Ketten, Ringe, spottbillig! Pfandleihe, Brunnenstraße 47. 192K*

Pelzgarnituren! Riesenauswahl, extrabillig! Hochelegante Alaskafüchse, Kreuzfüchse, Blaufüchse, Rotfüchse, Fuchsmuffen, Skunkskragen, Nerzgarnituren! Silbertaschen, Brillanten! Taschenuhren! Nicht irren! Nur 36b Potsdamerstraße 36b, altbekanntes Pfandleihhaus. 129K*

Herrengehpelze, Pelzfutter für Herren- und Damenpelzmäntel, Pelzstreifen, echte Felle, schwarz und farbig, zum Aussuchen von Mark 5,— an. Gelegenheitskäufe in Damenpelzgarnituren, Herren- und Knabenpelzkragen. Wegnerleihhaus, Potsdamerstraße 43. 106K*

Kostüme, Ulster, Astrachanmäntel, Plüschmäntel, Glockenröcke, direkt aus Arbeitsstuben. Pelzgarnituren, Kragen, Muffen, Massenauswahl, preiswert. Meyer, Blücherstr. 13, I. Kein Laden. 184K*

Ersatz für Maß! Neue Anzüge, Westen und Ulster sowie Paletots, Arbeitsanzüge, Joppen. Erstes Verleihinstitut in Smoking-, Frack- und Gehrockanzügen. Kieferbaum, Wasserturmstraße 12/13, I. 223/1

Pelzteilzahlung. Pelzkragen und Muffen zu billigen Preisen bei sehr bequemer Zahlweise abzugeben. Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen. Pelzwarenfabrik Kallis, Berlin NW. 87, Tile-Wardenberg-Straße 11, nahe Bahnhof Tiergarten. 115K*

Hühner 15,— an, Kaninchen 8,— an. Will, Markusstr. 23.

Geschäftsverkäufe

Schuhmacher-Werkstatt, gut eingerichtet, mit großer alter Kundschaft, wegen Todesfalls sofort zu verkaufen. Hufemann, Moabit, Lessingstraße 4. 37185

Möbel

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Liefere auch nach auswärts. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe. 141K*

Bettstelle, Matratze, Sportwagen verkauft Bock, Kopenhagenerstraße 72. †50*

Bettstelle, Kleiderschrank, Wäschespind, Sofa, verschiedene andere Sachen familienhalber zu verkaufen. John, Langestraße 106.

Möbel-Rath liefert in großer Auswahl komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Rath, Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 186K*

Möbelverkauf. Komplette Wohnungseinrichtungen, Einzelmöbel, moderne Küchen. Große Auswahl. Teilzahlung gestattet. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstr. 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. 86K*

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark. 142K*

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, Ankleideschränke, Vertikos, Ausziehtische, Sofas, Umbauten, Sessel, Bettstellen, Chaiselongues, Waschtoiletten, Nachttische, Schreibtische billigst. Lombardhaus, Alte Schönhauserstraße 20. 5K*

Speisezimmer, Dunkeleiche, Friedensarbeit, Büfett, Sofa mit Umbau, Ausziehtisch, echte Lederstühle, Schreibtisch 800,—, Nußbaum-Schlafzimmer 1750,—. Lombardhaus, Alte Jakobstraße 23. 12K*

Möbel preiswert. Spezialität Stuben, Küchen, auch einzelne Möbelstücke, sowie Teppiche, Bettdecken usw. Eventuell Teilzahlung. S. K. Weißbach, Elsasserstraße 3, Rosenthaler Tor. 8K*

Gefunden! haben Brautleute, daß man durch reellen Möbeleinkauf viel Geld spart! Ich empfehle meine enormen Vorräte gediegenster Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, Polster- und Ergänzungsmöbel zu niedrigen Preisen. Ständig Gelegenheitskäufe! Besichtigung führt zum Kauf! „Berliner Möbelhaus" M. Hirschowitz, im Südosten, Skalitzerstraße 33. 146K*

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts. 166K*

Küchen! in großer Auswahl, farbig und lackiert, reizende siebenteilige Küchen 400,—. Besichtigung sehr lohnend. Möbelhaus Osten, nur 30, Andreasstraße 30. 170K*

Salongarnitur, Salontisch, Salonumbau, Waschkommode, Bettstelle mit Matratze, Nußbaum-Büfett, Trumeau, gebraucht, billig. Möbelhaus Osten, Andreasstr. 30. 170K*

Musikinstrumente

Pianinos, ganz besonders günstige Gelegenheiten, 960,00 aufwärts. Schwechtenpianos, Bieferpianos, Duysenpianos, Quandtpianos, Spaethepianos, Wolkenhauerpianos, Bechsteinflügel, Blüthnerflügel, Duysenflügel, Irmlerflügel, Schiedmayerflügel, Gebauhrflügel. Krüger, Berlin, Neue Königstraße 31 (Alexanderplatz). 221/14*

Pianos, spottbillige Gelegenheit, 1800,— an. Harkopf, Straßburgerstraße 3. 221/15*

Fahrräder

Friedenspreise! Friedensware. Hunderte gebrauchter Fahrräder aller Gattungen, sowie Rennmaschinen. Beiräder auch Kriegsbereifung. 50,—, 60,—, 70,—. Fahrradlager, Weberstraße 42. 80K

Schluß

der Annahme von Anzeigen für die nächste Nummer um 5 Uhr nachmittags in der **Hauptexpedition, Berlin SW. 68,** Lindenstraße 3.

Kaufgesuche

Platinabfälle, per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze, Film- und Schildpattabfälle usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Prob, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. Geschäftszeit von 9—1 und 3—6 Uhr. 171*

Platin, 7,60 pro Gramm, Zahngebisse, Ketten, Ringe usw., Brillanten, Perlen, Farbsteine, Uhren kauft Juwelier Fuß, Seydelstraße 32, Ecke Spittelmarkt. 184K*

Film- und Zelluloidabfälle, alte Wachswalzen, Schallplatten, Hartgummi usw. (Flaschen nur bei Lieferung ins Haus) kauft zu höchsten Preisen Matthäus, Berlin, Alte Leipzigerstraße 21. 176K*

Lacke, Bleiweiß und andere Malerartikel kaufen jeden Posten gegen Barzahlung Deutsche Lack- und Farben-Industrie, Swellemanstraße 5. (Kollendorf 2879.) *

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! Höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31, Telephon Alexander 4243. 261*

Zahngebisse! Platinabfälle, 7,80, Ketten, Ringe, Bruchabfälle, elektrische Materialien, Filmabfälle, Zelluloid kauft Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 117K*

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Verschiedenes

Dauerwäsche reinigt, verkleinert und repariert Born, Reichenbergerstraße 7. 78K*

Pelzumarbeitung, modern, billigst. Gödenstraße 5, 3 Treppen. 2792

Humoristen, Duettisten, brillante, frei für Vereine und Gesellschaften, eventuell abendfüllendes Programm. Näheres W. Meyer, Neukölln, Herzbergplatz 1, II.

1000 Mark vom Selbstgeber gesucht, 4 Monate, hohe Zinsen, gute Sicherheit. Zuschriften D. 3 Hauptexpedition „Vorwärts". 37065*

Existenz, 15 000 Gewinn, erforderlich 3000—5000. Erfragen Will, Markusstraße 23.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Hausdiener! ehrlich und fleißig, gute Zeugnisse. Kunstgewerbehaus, Budapesterstr. 3. 30946*

Bürstenmacher sucht Köhn, Kommandantenstr. 20/21. 193K*

Feilenz verlangt Kutscher, Große Frankfurterstr. 11. †84*

Mehrere Schriftsetzer verlangt sofort Buchdruckerei Erwin Netten, Berlin-Niederschöneweide, Brückenstraße 20. †130*

Einkassierer (Einkassiererinnen), gewandt, kautionsfähig, verlangt. Auch passend für pensionierte Beamte und Kriegsbeschädigte. Vorzustellen 9—12 Zentral-Inkasso-Stelle, Bernburgerstraße 3, parterre. 270/8*

Flotter Schuhmacher für Blätter, Sohlen und Absätze sofort verlangt Naunynstr. 56 (Laden). 37178

Wagenbegleiter sucht Müllabfuhr-Wirtschafts-Genossenschaft. Meldung früh 6 Uhr Depot, Mühlenstraße 45 und Bautzenerstraße (gegenüber Großgörschenstraße). 37126*

Schweizerdegen für kleine Handdruckerei zum sofortigen Eintritt gesucht. Photochemie, Swipischestraße 37. 132

Maschinen- und Transportarbeiter sucht Maschinenfabrik Rein, Halensee, Karlsruherstraße 5. 182

Boder oder Hausdiener verlangt Goldleistenfabrik, Reichenbergerstraße 88. 37215*

Kolonne Kunststeinarbeiter, gelernter Gipsbildhauer und Stukkateur, in Holz-, Gips- und Zementformenbau firm, sucht leitende Stellung. Otto Vogel, Potsdam, Lennéstr. 44. 36696

Arsenin verlangt Kutscher, Große Frankfurterstr. 11. †86*

Autofahrerin vermittelt verlangt. Kohn, Wilhelmstr. 12. 37135

Frauen zum Begleiten der Müllwagen sucht Wirtschaftsgenossenschaft. Meldung früh 6 Uhr Mühlenstraße 45 und Bautzenerstraße (gegenüber Großgörschenstraße). 37115*

Maurer, Zimmerleute, Arbeiter, Frauen
stellt ein
Adolf Mattheus, Baugeschäft,
360L* W 15, Knesebeckstr. 56/57.

Werkzeugmacher
für Schraubenfabrik. 79K*
Paul Henschke,
Manteuffelstr. 29.

Werkzeugdreher
Spezialist auf Gewindebohrer, stellt ein 130/7
Erdmann & Groß,
Schraubenfabrik, Ritterstr. 11.

Ungelernte Arbeiter
sofort gesucht. 77K
Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen,
Scharnhorststraße 28—29.

Zuverlässiger Lagerplatzverwalter mit Zimmererarbeiten und Instandsetzungen von Baumaschinen sowie mit Geräteskontrolle und Versand durchaus vertraut, sofort gesucht. Meld. (auch Kriegsbeschädigter) mit Zeugnissen und Lohnansprüchen an Abeg, W 35, Potsdamer Straße 106. *

Revolverdreher,
Elektriker und Transportarbeiter sofort verlangt von
W. Perlin & Co.,
Kommanditgesellschaft, Berlin-Tempelhof, Industriestraße 1—4.

Einrichter
für die Fassondreherei stellt sofort ein 135/9
Erdmann & Gross,
Schraubenfabrik, Ritterstraße 11.

Jalousie-Monteure
A. Wohlfahrt & Co.,
Steglitz, Bergstr. 92.

Portier
per sof. gesucht.
Vorstellung erbeten zwischen 10 und 11 vorm.
Friedrichstraße 1,
Norddeutsche Nähterfabr.

Maurer und Zimmerer
für Provinzbauten sofort gesucht. Meldungen nur schriftlich an
Abeg, Berlin W 35,
Potsdamer Str. 106.

Tüchtige Klempner,
die bereits auf Flugzeugbehälter gearbeitet haben, sofort gesucht. 37146
Maximall-Apparate-Fabrik,
Paul Willmann,
Berlin, Blücherstr. 12.

Mechaniker a. Schreibmaschinen sucht Gräter & Luigert, Friedenau, Schmargendorferstr. 32

Portier
wenn möglich Gärtner oder mit Gärtnerarbeiten vertraut, wird möglichst sofort für Villa in der Kolonie Grunewald gesucht. Gehaltsansprüche bei freier Wohnung einschließlich Heizung sowie Referenzen erbittet [250K*
Walter, Landgrafenstr. 19.

Tüchtig. Klempner
die bereits auf Flugzeugbehälter gearbeitet haben, für sofort gesucht. 182/15
Maximall-Apparate-Fabrik
Paul Willmann,
Berlin, Blücherstr. 12.

Kartoffelbuddler
gegen Entschädigung und Kartoffelmitnahme, Ausrücken hier erhältlich, sucht sofort 255K
Rittergut Freskow
bei Neuruppin.
(Fahrt über Wusterhausen.)

Werkzeugdreher
auf Schnitte und Stanzen verlangen Otto Müller, Aktiengesellschaft, Reichenberger Str. 104

Automobilschlosser
werden eingestellt. 182/12*
Intern. Aut.-Zentrale
Carl Leberer, Georgenstr. 11 (am Bahnh. Friedrichstraße).

Autogenschweißerinnen,
geübte, auf schwache Bleche verlangen Otto Müller,
Aktiengesellschaft,
Reichenberger Str. 104. *

Arbeiterinnen
verlangen Otto Müller,
Aktiengesellschaft,
Reichenberger Str. 104. *

Eine
I. Säckesortiererin
(eventl. Sortierer)
sowie mehrere Sortiererinnen
sofort gesucht. 2020
Sackfabrik, Berlin NO 55,
Greifswalder Str. 80.

Anlegerinnen,
Bogenanlegerinnen, sofort gesucht.
Buchdruckerei Seydel & Cie.,
Teltower Straße 20.

100 Maurer, Bauarbeiter und Frauen
werden sofort eingestellt. 37155*
Hermann Schäler, Baugeschäft.
Neubauten: C. A. F. Kahlbaum, Adlershof, und A. Wiechowel, Hebezeugfabrik, Bln.-Wittenau.

50 Werkstattschlosser
für leichte Ofenarbeiten (auch Kriegsbeschädigte) sucht H. Degenhardt G. m. b. H., Berlin-Wittenau, Wittestr. 47/48 (hinter Carl Flohr).

Perfekte Lederzuschneider
erh. dauernde Arbeit. Schubiak, Glaser, Landsberger Str. 92.

Wir suchen tüchtige 129/19*
Sattler und Sattlerinnen.
C. Laschen & Co.,
Fabrik für Militär-Lederausrüstung.
Köln-Nippes, Geldernstr. 46

Werkzeugdreher
und Schlosser
für Schnitt- und Stanzenbau
verlangt Lindstroem A.-G., Abt. Optik,
Große Frankfurter Str. 137. 1087*

Tüchtiger Einrichter für Fräsmaschinen
wird sofort verlangt 1082*
Ehrich & Graetz, Berlin SO 36,
Elsenstraße 90/94.

Flugzeugschlosser, Schweißer und Schweißerinnen
per sofort gesucht. 361L*
Bergmann, Neue Königstraße 65.

Straßenhändler
für den Verkauf des
„Vorwärts"
für Berlin und Vororte verlangt
Hauptexpedition des „Vorwärts", Lindenstr. 3.

Leitspindeldreher und Schlosser
stellt ein 2492*
Armin Tenner, Maschinenfabrik,
Berlin O. 112, Alt-Boxhagen 9.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen

Berlin: Bärwaldstr. 42. Prinzenstr. 31. Markusstr. 36. Petersburger Platz 4. Lausitzer Platz 14/15. Lindenstraße 3. Wilhelmshavener Straße 48. Greifenhagener Str. 22. Bastianstr. 7.
Neukölln: Neckarstr. 2. Siegfriedstr. 20/20.
Schöneberg: Meininger Straße 9.
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.
Steglitz: Bornstr. Kommandantenstr. 93.
Wilmersdorf: Wilhelmsaue 37 bei Schubert.
Ober-Schöneweide: Paul, Mathildenstraße 5.
Falkenberg: Salzmann, Gartenstadtstr. 10, für Alt-Glienicke
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Treptow: Gramenz, Kiefholzstr. 412.
Reinickendorf-O., Provinzstr. 56 oder Kameckestr. 12 bei Gursch.

Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.

Der Bukarester Frieden bröckelt ab.

Die Entente verhilft Bulgarien zur Dobrudscha.

Bukarest, 24. Oktober. „Gazette de Lausanne“ veröffentlichte ein Telegramm aus Paris, laut dem unter Leitung der Ententemächte zwischen Rumänien und Bulgarien Unterhandlungen für eine endgültige Regelung der Dobrudschafrage begonnen haben. Die Bulgaren hatten den Rumänen das Recht zuerkannt, einen direkten Ausgang zum Meere zu haben.

Hierzu schreibt „Lumina“: Diese Nachricht des Blattes, dessen Beziehungen zur französischen Regierung bekannt sind, wird bei uns sicherlich den größten Eindruck machen. Sie bestätigt alle unsere Befürchtungen. Während die Entente Bulgarien zur Räumung des serbischen und griechischen Gebietes nötigte, hielt sie es für angezeigt, uns mit den Bulgaren über das Gebiet unterhandeln zu lassen, dessen Unversehrtheit sie uns verbürgt hatte. Köstlich ist ferner, daß unter dem Schutz der Entente, das ist unserer Alliierten, an deren Seite wir den Krieg führten, die Bulgaren uns das Recht zuerkennen, einen Ausgang zum Meere zu haben. „Renastem“ bemerkt zur gleichen Meldung: Wir wissen nicht, was für Unterhandlungen unsere Regierung mit der bulgarischen Regierung begonnen hat. Wir stellen nur fest, daß heute, statt von der von allen Faktoren der Entente feierlich verkündigten „Unversehrtheit des rumänischen Gebietes“ von der „endgültigen Regelung der Dobrudschafrage“ die Rede ist, eine Frage, von der wir berechtigt waren zu glauben, daß sie für die Alliierten Rumäniens nicht mehr besteht.

Verwunderung ändert nichts an der Tatsache, daß Bulgarien seinen alten Rivalen Rumänien nunmehr bei der Entente ausgestochen hat.

Doroschenko und Rakowski in Berlin.

Das neue ukrainische Ministerium.

Aus Kiew wird unterm 24. Oktober gemeldet: Nach längeren Verhandlungen ist das neue Ministerkabinett in folgender Zusammensetzung gebildet: Ministerpräsident Lisogub, Krieg Rogoja, Finanzen Rzhepezky, Verpflegung Gerbel, Aeußeres Doroschenko, Verkehrswesen Butenko, Gesundheitswesen Ljubizky. Neu treten in das Kabinett als Verweser des Innern Reinbott, für das Arbeitsministerium Slawinsky, für Kultus Motozky, Justiz Wjaslow, Volksaufklärung Stebnitzky, Ackerbau Tscherntschi oder Leontowitsch, für Handel und Industrie Mering. Der Staatskontrolleur ist noch unbestimmt.

Vor einigen Tagen hieß es, die ukrainische Ministerkrisis sei nur aus innerpolitischen Gründen entstanden. Jetzt schreibt „Kiewskaja Mysl“: Die Ministerkrisis ist hervorgerufen durch Gegensätze im Kabinett auf dem Boden der äußeren Politik. Ueber die Beziehungen zu den auswärtigen nichtrussischen Mächten wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Ukraine Beziehungen zu allen Mächten und auch zu der Entente anknüpfen solle, um die Anerkennung zu erstreben. In der Frage nach den Beziehungen zum übrigen Rußland forderten die kadettischen und linksstehenden Minister eine Annäherung, die Mitwirkung an der Befreiung Großrußlands von den Bolschewiki und überreichten eine diesbezügliche gestern (21. Oktober) mitgeteilte Denkschrift. Die Minderheit, bestehend aus den Ministern Lisogub, Kistiakowski, Doroschenko, Butenko und Ljubinski, stand auf dem Boden der ukrainischen Selbständigkeit. Da der Gegensatz unüberbrückbar erschien, erfolgte die Demission des Kabinetts. Der bisherige Ministerpräsident Lisogub, mit der Neubildung beauftragt, knüpfte Verhandlungen mit den verschiedensten Gruppen, wie Verband für Handel, Industrie und Finanzen, Verband der Grundbesitzer und dem ukrainischen Nationalbund an. Der linke Flügel des letzteren lehnte den Eintritt in ein Koalitionsministerium ab, weitere Verhandlungen mit dem rechten Flügel gaben positive Resultate.

Aus dieser Darstellung ergibt sich, daß die Fürsprecher der Annäherung an Großrußland, die ihr Ziel durch Einmischung in den Kampf gegen die großrussischen Bolschewiki erreichen wollen, unterlegen und für den Augenblick abgetan sind. Es fragt sich nun, ob gleichwohl das Ziel, von der Entente als selbständiger Staat anerkannt zu werden, erreicht werden kann.

Wie gemeldet wird, machen ukrainische diplomatische Missionen für die skandinavischen Länder sich alsbald auf den Weg und eine ihrer Aufgaben soll die „weitgehendste Informierung des Auslandes über die Lage in der Ukraine und über die ukrainische Regierung“ sein. Der Außenminister Doroschenko ist nach Berlin abgereist.

•

Berlin, 25. Oktober. Der ukrainische Minister des Aeußern Doroschenko ist in Berlin eingetroffen, um mit dem gleichzeitig hier anwesenden russischen Kommissar Rakowski Fragen der russisch-ukrainischen Beziehungen zu verhandeln.

Zur Uebersetzung der Wilsonnote. Von verschiedenen Seiten werden wir darauf hingewiesen, daß die von W.T.B. gegebene Uebersetzung der Wilsonnote an einer Stelle ungenau ist. Wilson verlangt nicht, daß zu treffende, sondern daß möglicherweise getroffene Vereinbarungen (that may be entered) erzwungen werden sollen. Die Redewendung des Ganzen bezieht sich also nicht auf das, was werden soll, sondern auf das, was möglicherweise bei den Friedensverhandlungen vereinbart werden und dann selbstverständlich auch gehalten werden muß.

Die böse Sozialdemokratie! Irgendwelche reaktionären Kreise verbreiten in Berlin ein Flugblatt „Der Sozialistenstaat“, das ganz in Eugen Richterscher Manier Schreckbilder aus dem Zukunftsstaat zeichnet. An einer Stelle ereifert sich der Verfasser — verantwortlich zeichnet ein Herr P. Krämer — auch über das republikanische Ziel der Sozialdemokratie und schreibt in zentimeterhohen Lettern mit flammender Entrüstung:

Daß vor allem uns unsere Monarchie zum Sieg geführt hat, das kümmert die Sozialdemokraten wenig.

Wir werden uns sofort darum kümmern, wenn Herr Krämer uns mitteilt, welchen Sieg er meint.

Die Politik der Menschewiki. Nach einer Meldung des „Utro Moskwy“ hat sich das Zentralkommitee der russischen Sozialdemokraten (Menschewiki) gegen die Unterstützung der Ufa-Regierung seitens der dortigen Menschewiki erklärt. „Die Teilnahme könne nur eine informatorische sein. Das Zentralkommitee unterstütze auch jetzt die Konstituante, jedoch nicht eine Regierung, die unter der Flagge der Konstituante und mit fremden Truppen die Gegenrevolution unterstütze.

Die Engländer nehmen Fühlung in Taschkent. Petersburg, 23. Oktober. „Iswestija“ schreibt in einem Artikel „In Zentralasien“, daß die Engländer ganz Persien okkupiert und einen offiziellen Vertreter nach Taschkent geschickt hätten, um mit der Turkestaner Republik Fühlung zu nehmen, die örtliche Gewalt sorglos zu machen und die wahren englischen Absichten bezüglich Turkestans zu verschleiern.

Mahnung zur Vernunft.

Gegen frivole Pläne.

Von zuverlässigster Seite geht uns die Nachricht zu, daß eine gewisse Richtung innerhalb der „Unabhängigen“ darauf ausgeht, um jeden Preis Konflikte zu schaffen, die die besonneneren Führer der Unabhängigen selbst nicht wollen. Sie will die Parole für sich erzwingen, daß „die Volksregierung auf das Volk schießen läßt“, und hofft, daß dann die Dinge von selbst weitertreiben würden. Wohin, das wissen diese Herrschaften wohl selber nicht ganz genau.

Der große Kampf der Zeit geht darauf hinaus, der in der Volksvertretung verankerten demokratischen Zivilgewalt die volle Herrschaft zu sichern, das, was das Ausland mit Recht als Militarismus gebrandmarkt hat, zu brechen und den Frieden, nach dem sich alle Welt sehnt, herbeizuführen.

In diesem Kampf gibt es nur ein Hüben und Drüben. Das hat die große Masse der Arbeiterschaft begriffen, und sie hat sich entschlossen hinter die Sozialdemokratie gestellt, die in die Regierung eingetreten ist, nicht um die früheren Machthaber zu schützen, sondern um ihren unheilvollen Einfluß zu beseitigen.

Jede vernünftige Arbeiterpolitik muß darauf ausgehen, die Macht der Volksvertretung zu stärken, denn dieser Machtzuwachs wird ja auch der künftigen Vertretung zugute kommen, die unmittelbar nach Kriegsschluß vom Volke gewählt werden wird. Minderheiten, mögen sie nun aus adeligen Generälen oder aus Bolschewiki bestehen, kommt nicht das Recht zu, den Volkswillen zu terrorisieren.

Wir haben heute die berechtigte Hoffnung, aber keineswegs die unbedingte Gewißheit, daß sich der notwendige Uebergang zur vollen Demokratie wie bisher weiter in ruhigen Bahnen vollziehen wird. Für alle kommenden Möglichkeiten muß sich die Arbeiterklasse einig und geschlossen halten. Bei jedem Versuch der früheren Machthaber, sich wieder in den Sattel zu setzen, würde sie die ungeheure Volksmehrheit hinter sich und damit die Sicherheit des Erfolges in der Hand haben. Darum ist es ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, ihre Einigkeit durch sinnlose putschistische Treibereien zu stören.

Alle Arbeiter, mögen sie sich zur alten Partei oder zu den Unabhängigen rechnen, müssen sich heute ihrer geschichtlichen Verantwortung bewußt sein und müssen es ablehnen, sich von geheimnisvollen Drahtziehern für ihre verworrenen Absichten mißbrauchen zu lassen!

Reichstag.

Auch die gestrige Reichstagsdebatte drehte sich im wesentlichen um die Zukunft der nationalen Minderheiten im Deutschen Reiche. Der Pole Korfanty bemühte sich im Tone seiner Rede, seinen unglaublich provozierenden Zwischenruf vom Donnerstag vergessen zu machen. Sachlich hielt auch er die polnische Forderung auf deutsches Land aufrecht, die deutsche Stadt Danzig soll als „Enklave“ zum polnischen Staat gehören. Seine Ausführungen verdienten vom deutschen Standpunkt aus gewiß Zurückweisung, wie ja am Donnerstag auch schon Ledebour als deutscher Sozialdemokrat energisch gegen polnische Annexionsgelüste aufgetreten ist, aber die provozierende säbelrasselnde Art, in der der Abgeordnete Schiele am Freitag ganz in altpreußischem Tone über die Polen loszog, fordert den schärfsten Protest heraus. Dieser „Nationalliberale“, der junkerlicher als ein Junker und unter dem tosenden Beifall der äußersten Rechten sein alldeutsches Sprüchlein hersagte, hat aus den Zeitereignissen nicht das mindeste gelernt; er gehört zu jenen Naturen, die der Vizekanzler Payer tags vorher als nicht gerade die besten Elemente des deutschen Volkes gekennzeichnet hat. Auch bei einem Teil der Tribünenbesucher erweckte zur Zufriedenheit der Rechten diese antipolnische Hetzrede laute Demonstrationen. Als später ein anderer Teil der Tribünenbesucher die Ausführungen des unabhängigen Abgeordneten Cohn-Nordhausen, der die Entfernung der Dynastie forderte, ebenso demonstrativ mit Beifall begleitete, war dieselbe Rechte über die Tribüne plötzlich sehr entrüstet. Was der Abg. Cohn über die Versuche der Obersten Heeresleitung, ihren Anteil an dem Waffenstillstands- und Friedensangebot nachträglich zu vertuschen, ausführte, verdient aufmerksame Beachtung.

Ausdehnung der Amnestie.

Durch kaiserlichen Gnadenerlaß sind den Personen, die vom Reichsgericht wegen politischer, mit den innerpolitischen Kriegsverhältnissen zusammenhängender Verfehlungen, insbesondere wegen Herbeiführung oder Begünstigung von Streiks bestraft worden sind, die gegen sie erkannten Freiheits- und Ehrenstrafen in vollem Umfange erlassen worden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kann sich nicht enthalten, hierzu zu schreiben:

Es wird voraussichtlich noch dahin kommen, daß es zum guten Ton und zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche politische Karriere gehört, wegen versuchten oder vollendeten Landesverrats vorbestraft zu sein.

Das ist etwas übertrieben. Aber jedenfalls wird es künftig Voraussetzung einer geachteten öffentlichen Stellung in Deutschland sein, mit den Alldeutschen der „Deutschen Tageszeitung“ während des ganzen Krieges in keinerlei Verbindung gestanden zu haben.

Wißt Ihr, was Ihr fordert!

Der „letzte Kampf“ der Konservativen.

Jede Note Wilsons ist für die Konservativen ein neuer Anlaß, das Signal zum „letzten Verzweiflungskampf“ zu geben. Sie warten nicht ab, was die Regierung aus dem Stand der Verhandlungen folgert, denn sie wollen die Verhandlungen unter allen Umständen zum Scheitern bringen. So haben Sie auch jetzt wieder dem Reichskanzler eine Erklärung überreicht, in der es heißt:

Die deutsche Ehre gebietet, daß die Regierung solche Zumutung zurückweist; die Sicherheit des Reiches erfordert, daß sie das deutsche Volk zum letzten Kampf aufruft.

Wissen die Konservativen auch, was sie fordern? Solche levée en masse ist ja des öfteren in der Geschichte dagewesen, aber sie begann stets damit, daß das Volk sich gründlich die Arme zum gerechten Kampfe freimachte und aus seinen Reihen ausmerzte, was nicht hineingehörte.

Das französische Volk erhob sich 1792 gewaltig gegen die Invasion. Zuvor aber beseitigte es den Feind im Innern: Ludwig XVI. wurde auf die Guillotine geschickt und etwa 1000 Aristokraten in den berühmten Septembertagen zum Tode befördert.

1870 leitete Gambetta die nationale Verteidigung ein. Zuvor aber erklärte er Napoleon III. für abgesetzt und Frankreich für eine Republik.

Selbst Kerenski konnte seine Offensive des Sommers 1917 erst beginnen, nachdem Nikolaus Romanow abgedankt war und er das Land der Aristokratie den Bauern versprochen hatte.

Muß das deutsche Volk sich wirklich um seine nackte Existenz bis zum letzten schlagen, dann wird für diesen Kampf um das Recht auch uns das Wort der Marseillaise gelten: „Ein unreines Herz fliehe unsere Reihen“. Dann wird das Volk mit gutem Gewissen in den Kampf gehen, aber erst, nachdem es alle aus seinen Reihen ausgemerzt hat, die wie Flecken auf dem reinen Schild wirken würden: die Kriegs- und Siegesschreier, die Eroberungspolitiker und Kriegsverlängerer, die Leute, die den Ausbruch des Krieges bejubelten und gegen den ehrlichen Verständigungsfrieden tobten.

So, meine Herren Konservativen, wird der „letzte Kampf“ aussehen. Wählen Sie, ob Sie ihn haben wollen.

Großes Ministersterben in Sachsen.

Dr. Beck und Seydewitz demissionieren.

Die sächsische „Staatszeitung“ meldet: Mit Rücksicht auf die Neugestaltung der Regierung haben die Herren Staatsminister sämtlich den König gebeten, ihre Aemter zur Verfügung stellen zu dürfen. Der König hat darauf allen Herren Staatsministern seines vollen Vertrauens versichert, sich aber in Würdigung der von ihnen vorgetragenen Gründe bewogen gesehen, den vorsitzenden Herren Staatsministern im Gesamtstaatsministerium, Staatsminister des Kultus und des Oeffentlichen Unterrichts Dr. Beck und dem Herrn Staatsminister der Finanzen von Seydewitz auf deren erneutes Ansuchen den von ihnen zu seinem großen Bedauern erbetenen Uebertritt in den Ruhestand unter Belassung von Titel und Rang als Staatsminister zu bewilligen.

Und Graf Vitzthum v. Eckstädt — — —!

Neuordnung in Mecklenburg.

Auch die mecklenburgische Verfassung — bisher die rückständigste der ganzen Welt — soll dem Zuge der Zeit entsprechend modernisiert werden, natürlich auf mecklenburgische Weise. Man will zwar eine zweite Kammer auf Grund des gleichen Wahlrechts — mit oder ohne Sicherungen, das steht noch nicht fest — bilden, aber die jetzige famose Ständevertretung wird deswegen nicht verschwinden, sondern sie setzt sich als erste Kammer hübsch kontrollierend und mäßigend über das demokratische Parlament. Solange die Reaktion in Mecklenburg herrschte, war auch sie mit dem Einkammersystem sehr zufrieden, für die Demokratie muß schleunigst das Zweikammersystem eingeführt werden.

Württemberg im politischen Fortschritt.

Der „Württembergische Staatsanzeiger“ schreibt: Daß die im Reiche eingetretenen innerpolitischen Bewegungen eine Rückwirkung auf die Einzelstaaten nicht verfehlen werden, dessen war man sich in Württemberg von Anfang an bewußt. Wie wir wissen, hat die Regierung die Fragen sofort in Erwägung gezogen und tritt darüber zurzeit mit den Vertretern der Parteien in Fühlung.

Neuer Polizeiskandal!

Auflösung einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Berlin I.

In einer überfüllten Versammlung in „Haverlands Festsälen“ sprach gestern abend der Genosse Reichstagsabgeordneter Rudolf Wissell. Er begann mit einer Kennzeichnung der Gegner unseres Kandidaten, die sich ja nun durch die Stichwahlparole der Unabhängigen auf einer Linie befinden. Die Behauptung des „Mitteilungsblattes“, daß sich der „Regierungssozialismus“ nicht mehr vom Liberalismus unterscheide, wies Wissell mit ausführlicher Begründung zurück. In der sozialen Betrachtung der Volksnöte kann sich die unabhängige Sozialdemokratie gar nicht von uns unterscheiden. Es hat sich erwiesen, daß bei der praktischen sozialen Arbeit die Vertreter der beiden Arbeiterparteien nur einen, den richtigen Weg gehen können. Herr Kempner aber steht dieser gemeinsamen Arbeit feindlich gegenüber.

Genosse Heimann führte als zweiter Redner unter anderem aus: Die Unabhängigen haben für Stimmenthaltung, d. h. bei der Lage gegen uns, für Kempner entschieden. Wir werden dieses Verhalten nicht besonders zu bedauern brauchen, es wird manchem Arbeiter die Augen öffnen.

In der Debatte sprach Dr. Breslin von der „Neuen Richtung der Fortschrittlichen Volkspartei“. Nachdem er dem Genossen Heimann seine Gunst vor Herrn Kempner erklärt hatte, meinte er, die bürgerlichen Demokraten seien eigentlich radikaler als die Mehrheitssozialisten. Hoffentlich ziehe die sozialdemokratische Partei endlich die Konsequenzen der Wilsonnote, wie es der „Vorwärts“ ankündigt. Lange genug habe es geheißen: alle für einen, nun solle der Eine seine Pflicht für alle tun. Als Dr. Breslin dann weiter vom „Admiral des Atlantischen Ozeans“ sprach, erklärte der überwachende Beamte die Versammlung für

aufgelöst!

Dieser neue Auflösungsstreich der Polizei macht den Eindruck eines wohlvorbereiteten Schlags gegen die neue Regierung. Die Herren wollen zeigen, daß sie die Ankündigung des Staatssekretärs Trimborn nicht im mindesten respektieren, es wird also unmittelbar zu ihrer Ausführung geschritten werden müssen. Die Polizei kann nur dann verlangen, daß man ihr gehorcht, wenn sie selber gehorcht, und wenn sie das nicht kann, muß man sie es lehren!

Dr. Freund Unterstaatssekretär. Der Ministerialdirektor Dr. Freund ist zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ernannt worden.

Das preußische Herrenhaus ist am Freitag noch nicht zu der von den Konservativen geplanten „Aktion“ gegen den Wilsonfrieden gekommen. Kaum zusammengetreten, vertagte es sich sofort wieder auf Sonnabend 4 Uhr. Bis dahin werden die Konservativen wohl schlüssig geworden sein, ob sie sich noch ein Mal mehr lächerlich machen wollen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Zechenverband anerkennt die Bergarbeiterorganisationen.

Diese hochbedeutende Tatsache wird durch die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung" weiteren Kreisen bekannt. Was von den Interessenvertretungen der Bergarbeiter seit 25 Jahren vergeblich angestrebt wurde, jetzt ist es erreicht. Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Interessengruppen haben bereits stattgefunden, haben einen befriedigenden Verlauf genommen und weitere Verhandlungen werden folgen. Ueber das Zustandekommen und den Verlauf der Sitzung bringt die „Bergarbeiter-Zeitung" einen ausführlichen Bericht, dem wir das folgende entnehmen:

Der preußische Handelsminister hatte den Bergarbeitern versichert, daß eine Lohnzulage von 1.25 M. für Gedingarbeiter, 1 M. für Schichtlöhner (immer pro Schicht) eintreten werde. Diese Erklärung des Ministers hatte dank ihrer unglücklichen Fassung Anlaß zu unabsehbaren Streitigkeiten bei den Schiedsgerichten, innerhalb der Arbeiterausschüsse und Belegschaftsversammlungen gegeben. Dazu kamen weitere Beschwerden der Bergarbeiter über sonstige Mißstände im Arbeitsverhältnis. Die hierdurch unter den Bergarbeitern erzeugte Mißstimmung schien den Vorständen der vier Bergarbeiterverbände doppelt gefährlich in einer Zeit, wo die Förderung der Kohle im Interesse der Allgemeinheit keine Stockung erfahren darf. In einer gemeinsamen Eingabe an den Zechenverband ersuchten deshalb die Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen (Freie Gewerkschaft, Christlicher Verband, Polnische Gewerkschaft und Hirsch-Dunckersche) um Verhandlungen über die oben angeführten Streitpunkte. Der Zechenverband stimmte zu.

Die Verhandlungen haben am 18. Oktober stattgefunden; sie erstreckten sich fast auf alle Punkte des Arbeitsverhältnisses, als da sind u. a.: allgemeine Lohnfragen, Ueberschichten, Arbeiterbehandlung, Strafwesen, Arbeitsleistung, Zwangsarbeitsnachweis, das Verhältnis zu den Gelben, gewerkschaftliche Tätigkeit der Bergarbeiter, Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation. Alles Punkte, über die bisher die Zechenbesitzer vollkommen selbstherrlich verfügten. In der dringlichsten Angelegenheit, der Lohnfrage, kam es zu folgender Vereinbarung:

„Der Geschäftsführende Ausschuß des Zechenverbandes erklärt, mit Nachdruck dafür eintreten zu wollen, daß die gelegentlich der letzten Kohlenpreiserhöhung zugesagte Erhöhung der Durchschnittslöhne statt im Dezemberlohn, schon im Oktoberlohn voll eintritt!"

So sehr dieser Beschluß im Interesse der schwerarbeitenden Bergarbeiter, gerade jetzt in der Zeit der ungeheuren Teuerung, zu begrüßen ist, wichtiger noch ist die grundsätzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation durch die Werksvertreter, welche in dieser Beziehung erklärten: Indem wir uns heute mit den Gewerkschaftsvertretern über die Arbeitsverhältnisse besprechen und auch bereit sind, weitere Besprechungen folgen zu lassen, haben wir tatsächlich die gewerkschaftlichen Organisationen als Arbeitervertretung anerkannt.

Unter den anwesenden Werksvertretern finden wir Namen, deren Träger wir bisher als unentwegte „Scharfmacher" anzusprechen gewohnt waren: Hugenberg (Firma Krupp), Kirdorf, Hugo Stinnes, Althoff usw. Mit starrem Sinn haben diese Industrieherren bisher jede Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiter als „unberechtigte Einmischung" in ihre Befugnisse abgelehnt; sie wollten die absoluten Herrscher in ihren Werken sein und bleiben, die allein über „ihre" Arbeiter zu verfügen hätten. Erst der Krieg mit seinen Nöten und zunehmenden Sorgen und Schwierigkeiten auch für die großen Industrieherren mußte kommen, diesen Wandel herbeizuführen.

Aber nichtsdestoweniger darf man sich im Interesse der Arbeiter und der Allgemeinheit dieser Wandlung freuen. Das Eis ist gebrochen, die Bergherren anderer Reviere werden folgen, die staatlichen Grubenverwaltungen können selbstverständlich nicht zurückbleiben. Die Aera des Absolutismus ist in Deutschland endgültig vorbei, auf dem Gebiete der Politik sowohl, wie auf dem wirtschaftlichen.

Die „Holzarbeiterzeitung" verboten.

Die neueste Nummer der „Holzarbeiterzeitung", die am Donnerstag zur Ausgabe gelangen sollte, wurde, ehe ein Blatt in die Hände der Leser gelangte, durch die Polizei verboten und in Beschlag genommen. Es mußte deshalb eine neue Auflage gedruckt werden, wodurch sich die Ausgabe verzögert.

Arbeiterlöhne und Arbeiterpresse.

Die hohe Bedeutung der Arbeiterpresse für die soziale Stellung der Arbeiterklasse im öffentlichen Leben ist einsichtigen Arbeitern längst kein Geheimnis mehr. Sachkundige haben den ganzen Zusammenhang oft dargestellt. Neuartig aber ist ein Hinweis darauf, daß die Presse unmittelbaren Einfluß auf die Lohnhöhe hat. In der „Deutschen Arbeit", dem wissenschaftlichen Monatsblatt der christlichen Gewerkschaften, wird dies an einem schlagenden Beispiel dargetan. Es heißt dort:

„Zu einer Gefahr für das ganze soziale Leben wächst sich mehr und mehr die öffentliche Auseinandersetzung über die Arbeiterlöhne im Kriege aus. Wir sind heute schon an dem Punkte angelangt, wo der statistische Nachweis der Arbeiterorganisationen, daß die Lohnsteigerungen weit hinter der allgemeinen Annahme zurückbleiben und erst recht keinen genügenden Ausgleich für die Teuerung schaffen, an einem Panzer von Vorurteilen wirkungslos abprallt. Ebensowenig nützt der Nachweis, daß nicht die Lohnsteigerung bei der allgemeinen Teuerung zuerst steht, so daß sie etwa als Ursache der Teuerung anzusehen wäre, sondern daß vielmehr die Teuerung ihren Ursprung genommen hat von einer Heraufsetzung der Warenpreise unter dem Einfluß der Kriegswirkung und der daraus fließenden Spekulation. Erst danach folgte in weiten Abständen der Lohn. Alle diese Nachweise verfangen heute, wie gesagt, schon gar nicht mehr. Die Arbeiter sollen einfach zu hohe Löhne verdienen, sie sollen an der Teuerung schuld sein. So wird der Arbeiterlohn zum Mittelpunkt sozialer Verärgerung und Verhetzung. Die Folge ist, daß den Organisationen der Arbeiterbewegung die Hebung des Lohnes immer schwerer fällt — und das ist es ja letzten Endes, was die Interessenten von der anderen Seite mit ihrer Hetze erstreben. Aus all dem ergibt sich, daß der Einfluß der Arbeiterbewegung auf die öffentliche Meinung noch einer wesentlichen Verstärkung bedarf."

Die „Deutsche Arbeit" erklärt es für eine der wichtigsten Obliegenheiten der Arbeiterbewegung, wenigstens für die Zeit der Uebergangswirtschaft eine andere öffentliche Atmosphäre zu schaffen. Die bürgerliche Presse habe unter dem Eindruck der leidenschaftlichen Verhetzung der Oeffentlichkeit gegen die Arbeiterschaft fast völlig versagt. Als einziges Mittel zur Besserung bleibt also die energische weitere Ausbreitung des Einflusses der sozialdemokratischen Tagespresse offen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Kriegszeit hat sie zu einem unmittelbaren Lohninteresse der Arbeiterklasse gemacht.

Die Fliesenleger und Hilfsarbeiter haben ebenso wie die Maurer und Hilfsarbeiter vom 19. 10. ab eine Teuerungszulage von 20 Pf. erhalten. Die Teuerungszulage vom 2. November fällt damit fort.

Parteinachrichten.

Eine Riesenkundgebung in Köln.

Köln hat viele Volkskundgebungen gesehen, doch nie eine von so gewaltigen Ausmaßen wie die, die am Mittwoch im Gürzenich stattfand. Die Kölner Sozialdemokratie hatte sie auf 8½ Uhr einberufen, aber schon gegen 7 Uhr wurde der große Saal gesperrt, Tausende standen Kopf an Kopf im Gürzenichsaal, ebenso viele in allen Fluren und Treppengängen des geräumigen Gebäudes; weitere Massen stauten sich auf der Straße, wo stürmisch nach Rednern verlangt wurde. Die Ausführungen Sollmanns wurden mit Aufmerksamkeit und sich oft wiederholendem Beifall angehört. Einige Unabhängige betätigten sich in Zwischenrufen, die dem Ernst der Stunde in schmählicher Weise höhnten. Ihr Treiben ging in rauschenden Gegenkundgebungen unter, und in der Aussprache fielen sie vollkommen ab. Der Chefredakteur Jung des „Stadt-Anzeigers" zur „Kölnischen Zeitung", legte für weite Kreise des liberalen Bürgertums das Bekenntnis ab, daß sie sich gemeinsam mit der Sozialdemokratie allen Versuchen der Neubelebung der alten Regierungsmethoden widersetzen würden. Als der Leiter des Kreiskriegerverbandes, Major a. D. Heyde, militärisch-monarchistische Anschauungen vorbrachte, erhob sich die Versammlung stürmisch gegen ihn. In den Parallelversammlungen, in drangvoll fürchterlicher Enge sprachen die Parteisekretäre Görgiebel und Runge. Im ganzen mögen etwa 15000 Menschen, darunter auffallend zahlreiche bürgerliche Elemente zum Gürzenich geströmt sein. Die Polizei- und Militärbehörden hielten sich zurück; zum ersten Male hatte man von der Maßregel abgesehen, den Soldaten den Zutritt durch Festungsgendarmen zu verbieten. Die machtvolle Kundgebung für das neue, freie Deutschland, die ohne besondere Agitation zustande kam, machte einen ungeheuren Eindruck.

Eingegangene Druckschriften.

Der Vaterschutz von Dr. M. Barring. Volkshygienischer Verlag, Dresden A. 19.

Kriegsmieterrecht von Dr. jur. Ewald Stern. 2 M. Der Zirkel-Architekturverlag G. m. b. H., Berlin W 66.

Rußlands politische Seele von Elias Hurwicz. Geh. 2,50, geb. 4 M. — An Deutschlands Jugend von Walter Rathenau. Geh. 2 M. Beide im Verlag S. Fischer, Berlin W 57.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½ Uhr: Clavigo.
Kammerspiele
7 Uhr: Rosmersholm.
Kleines Schauspielhaus
Fasanenstraße 1, Portal 5.
7½ Uhr: Frühlings Erwachen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
7½ Uhr: Kirschgarten.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7½ U.: Der Marquis von Keith.
Sonnt.: Der Marquis von Keith.
Mont.: Der Marquis von Keith.

Deutsches Künstler-Theater.
7½ Uhr: Liebe.
Sonntag, Montag: Liebe.

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
7½: Der Hauch im All.
Komödienhaus
¼8 U.: Die tanzende Nymphe.
Berliner Theater
7¾ U.: Blitzblaues Blut.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ¼8 U.:
Nur noch wenige Aufführungen
des Berliner Possen-Schlagers
Man lacht mal wieder!
Vorher das große Oktober-Progr.
In Vorb.: Die goldene Brücke.
Sonnt. 3½: Ein fideles Haus.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
7½ Uhr. Tägl: Nord. 8650.
Kaiserplatz 3, 1 Tr.
Ein inst. Stück m. Musik v. Lauh
v. Möllendorff. Georg L. Helms
Mittw., Sonnab., Sonnt. 3½:
Hänsel u. Gretel im Zauberwald
Märchen m. Gesang u. Tanz

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
August der Starke.

Wintergarten
Trude Hesterberg
Inge Laury
Tegernseer Bauerntheater
Die Rosenknöpf'
sowie der
neue
Oktober-Spielplan!

Theater für Sonnabend, 26. Oktober.

Central-Theater
7½ Uhr: Die Rose von Stambul.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Fidelio.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: Hannerl.
Kleines Theater
8 Uhr: Liebelei.
Komische Oper
7½ U.: Schwarzwaldmädel.
Morg. 3½: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
7½ Uhr: Die spanische Fliege.
Metropol-Theater
7 U. 10: Die Faschingsfee
Morgen 3 Uhr: Wiener Blut.
Palast-Theater
7½ Uhr: Der Stralauer Fischzug.
3½ Uhr: Philotas. Der zerbrochene Krug.

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: Das süße Mädel.
Mg. 3½: Der Soldat der Marie.
Residenz-Theater
7½ Uhr: Lilli Grün.
Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: Zum 1. Male: Hamlet.
Thalia-Theater
3¾: Reise ins Schlaraffenland.
7½ Uhr: Unter d. blühend. Linde.
Theater am Nollendorfplatz
3½: Meeres u. der Liebe Wellen.
7 Uhr:
Das alte Försterhaus
Theater des Westens
7½ Uhr: Die lustige Witwe
mit Guido Thielscher.
Wallner-Theater
7½ Uhr Graf Habenichts.
Morg. 3½ Uhr: Frühlingsluft.

Freireligiöse Gemeinde.
Montag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr:
Lichtbilder-Vortrag
v. Hrn. Rud. Köster, Privatgelehrt, aus Görlitz
im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz
Die Lösung des Welträtsels.
Die Mechanik der Weltsubstanz
und des Weltgeschehens.
Eintritt 50 Pf. 58/1

Admiralspalast.
Die Prinzessin
von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Kajdah.
7½ Uhr

Theater am Kottbuser Tor.
Kottbuserst. 6. Leit. F. Wagner
Täglich 7½ Uhr:
Die Große Varieté-Schau.
Dekorationsentw. Heinr. Zille. — Anna Müller-Lincke.
Vorverk. 10½—1½ u. ab 5 U. sowie bei Wertheim.

Kabarett Tivoli
Bunte Vorträge
Spielfolge vom 16.–31. Oktober:
Schmidt-Harkins, Marzella Velly,
Walter Bährmann, Sascha Orloff,
Arthur Täuber, Nauna und Fernand,
Herm. Torff, Krämer-Wolff-Schmidt.
Täglich zwei Kapellen.
Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.
Kottbuser Damm 95 Fernspr.: Moritzpl. 14563

NATIONAL-THEATER
Cöpenicker Str. 68. Tägl. 7½: 5 Min. Jannow.-Br.
Zum 50. Male
bei täglich total ausverkauftem Hause
Prinzenliebe.
Der große Operettenschlager v. Walter Bromme
Mg. 3½: Studentenliebchen (Operette.) Kl. Preise.
Vorvk. v. 10 U. ununterbrochen
Preise: 2, 3, 4, 5, 6.50, 8, 10 M

Kammerlichtspiele
Erich Kaiser-Titz
im Film
Ferdinand Lassalle
Regie:
Rudolf Meinert
Vorführungen 5½, 8½ Uhr
Sonntags 3½, 5½ u. 8 Uhr

Apollo
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein
7½, Sonnt 3½ u. 7½
Die Welt
geht unter!
Große Varieté-Ausstattungsschau in
vielen Bildern mit
Senta Söneland
Ernst Lubitsch
usw.
Sonnt. 3½ Uhr jeder Erwachs. 1 Kind frei!

Rose-Theater.
3½ Uhr: Rotkäppchen.
7½ Uhr: Gastsp. d. Friedr.-Wilhelmstädt. Theaters:
Das Dreimäderlhaus.

8 Uhr abends
Braune's
Diele
Kabarett
Alexanderstraße 55
Irma Jäger
Gerhard Matysch
Marzella Welly
Paul Roweth
Geschwister Lüd
James Waich
u. d. gr. Okt.-Programm
Fam.-Spitzen-Konzerte

Zahngebisse,
Platin. St. 7.80, kauft
Frau Wagner,
Kaiserstr. 18 I (Alexanderplatz)

WALTHER
RATHENAU
Soeben erschien:
Gesammelte Schriften
IN FÜNF BÄNDEN
geh. 25 M, in Halbleinen 35 M,
in Halbleder 48 M
Von kommenden
Dingen
56. — 65. Aufl., geh. 6 M, geb. 8 M
Die neue Wirtschaft
41. — 46. Aufl., geh. 1.50 M
Zeitliches
11. — 20. Aufl., geh. 1.50 M
An Deutschlands
Jugend
1. — 20. Aufl., geh. 2 M
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
S. Fischer, Verlag, Berlin

Circus
Busch
Tägl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½
Das große equestrische Programm.
Corty-Althoff, neueste Dressuren,
u. a. Punsch, das Akrobatenpferd
2 Schw. Carré,
Nymphenspiele a. Pferde.
4 Schw. Kaiser, Jockei.
Peppos lustige Affen- und Hunde-Dressuren.
Marino, der Mann mit den eisernen Rippen.
2 U. Oberon 2 U.
Pant. Wasser-Pantomime

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäß. Preise!
Reichshallen-Saal 7 Uhr:
Großes Bilâtgen-Konzert.

200 ff. Ansichtskarten 4.50 M.
Liste gratis. 1112
Iris-Verlag, Recklinghausen 66.

Trianon-Theater
Ehf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2791
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Hänsel und Gretel.
Täglich acht Uhr:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Ida Wüst. Bruno Kastner.
Emma Danner. Hugo Flink.
Gonia. Klein. Schönfeld.
Sonntag 4: Johannisfeuer
Mittw. 4: Hänsel und Gretel.
Donnerstag 4: Rotkäppchen.

Pelz-
Kragen, Muffen, Mäntel
gegen bar od. erleichterte
Zahlungsweise.
Pelzhaus Abuco,
Leipziger Str. 58, 1.

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin